



**Initiativen
für eine
andere Politik**

Forum Schulbildung

**Für eine zukunftsorientierte Schulbildung in Sachsen-Anhalt –
modern und sozial gerecht**

Schritte des Übergangs

zu einer „Schule für alle Kinder“ in Sachsen-Anhalt

Reihe Bildung, Heft 4

Inhalt

Forum Schulbildung	3
Für eine zukunftsorientierte Schulbildung in Sachsen-Anhalt – modern und sozial gerecht	
I. Die Aufgabe allgemein bildender Schule heute – ein Diskussionsbeitrag aus linker Sicht.	3
II. Die Sekundarschule als Schule für alle Kinder: universell, dynamisch, leistungsfähig und polytechnisch.	20
III. Polytechnische Bildung als Reformansatz für Allgemeinbildung	25
IV. Schulentwicklungsplanung in Sachsen-Anhalt	34
Schritte des Übergangs zu einer „Schule für alle Kinder“ in Sachsen-Anhalt	46
Die öffentliche Debatte über Bildungsfragen als Ausgangspunkt.	46
Fakten und Ursachen des Reformdefizits.	46
Ein Umstieg ist möglich – Vorschläge der PDS.	47
Günstigere Rahmenbedingungen	48
Thesen	48
Stundentafelvergleich zwischen den Schulformen in den Klassen 5 bis 10	53
Autoren & Kontakt	55

Impressum

Herausgeber:	Die Linkspartei.PDS Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt 39104 Magdeburg, Domplatz 6–9 Dr. Thomas Drzisga (v.i.S.d.P.) Telefon: 0391/560 50 03 Fax: 0391/560 50 08
Redaktionsschluss:	31. Januar 2006
Satz & Gestaltung:	deSIGN : johlige, www.deSIGN-johlige.de
Druck:	Harzdruckerei Wernigerode GmbH
Auflage:	500 Exemplare

Forum Schulbildung

Für eine zukunftsorientierte Schulbildung in Sachsen-Anhalt – modern und sozial gerecht¹

I. Die Aufgabe allgemein bildender Schule heute – ein Diskussionsbeitrag aus linker Sicht

1. Vorbemerkungen

Die bundesdeutsche Schule ist ins Gerede gekommen. Internationale Studien wie PISA und TIMSS weisen mit schöner Regelmäßigkeit darauf hin, dass die Leistungsfähigkeit des Schulsystems hierzulande den Vergleichen mit anderen Ländern nicht standhält. Ungeachtet dessen, was man von solchen Studien halten mag, die Kritik an den unzureichenden Lern- und Leistungsergebnissen aller Schulformen ist deutlich und unüberhörbar. Die Debatte um eine zukunftsfähige Schule hat längst die Kreise der Bildungspolitik und der Erziehungswissenschaften verlassen. Arbeitgeberverbände, Parteien und Sozialverbände debattieren intensiv über ihre Vorstellungen von zukunftsfähiger Bildung.

Neben die Kritik an den Lernleistungen im Bereich der tradierten Bildungsinhalte treten Forderungen nach Aufnahme neuer Fachdisziplinen in den Fächerkanon, die Ausweitung insbesondere naturwissenschaftlich-technischer Fächer wird ebenso gefordert wie die Aufnahme ökonomischer und technologischer. Das Fehlen einer Elitebildung wird beklagt und in der Konsequenz eine frühere und strengere Aufteilung der Schülerklientel nach vermeintlichen Leistungskriterien gefordert.

Alles geht einher mit der Klage um einen Werteverfall in der Gesellschaft, dem die Schule nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten Einhalt gebieten soll.

In der Gesellschaft wird immer wieder Kritik an Lehrerinnen und Lehrern laut. Zum Teil entlädt sich hier die Unzufriedenheit über die nicht ausreichende Dynamik der Institution Schule, zum Teil spiegelt sich in der Kritik aber auch Unkenntnis und Distanz gegenüber Schule wieder. Mit Erschrecken wird ein bevorstehender oder bereits akuter Mangel an Lehrkräften konstatiert. Kritisch wird sowohl der hohe Unterrichtsausfall insgesamt, aber auch die Situation auf bestimmten Fachgebieten und in einzelnen Schulformen, wie Sonderschulen/ Förderschulen und berufsbildenden Schulen, als auch bezüglich der Qualifikations- und Altersstruktur der Lehrerschaft gesehen.

¹ Der folgende Text basiert in den Teilen I, II und IV auf Dokumenten der PDS, die in den Jahren 2000 bis 2003 im Bildungsarbeitskreis der Landtagsfraktion gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Bildung des Landesvorstandes und KommunalpolitikerInnen der PDS erarbeitet wurden. Im Folgenden wurden sie nach den aktuellen Fragestellungen überarbeitet und aktualisiert. Sie bilden zusammen mit den „Schritten des Überganges...“ die inhaltliche Grundlage für den Schulgesetzentwurf der Landtagsfraktion.

Sorgen bereiten eine hohe Zahl von Schülerinnen und Schülern, die ihren gewählten Bildungsgang nicht erfolgreich beenden, und wachsende Schülerzahlen an den Sonderschulen/Förderschulen. An verschiedenen Stellen wird kritisch auf fehlende Fachleute hingewiesen.

Das tradierte Bildungsbürgertum hat in den letzten Jahren aus seiner Sicht Alternativen entwickelt, die dem Vorbild der Zweidrittelgesellschaft mit klarer sozialer Gliederung und maßvollem sozialem Ausgleich folgen. Mit der Übernahme von Regierungsverantwortung durch die CDU in ehemals SPD-regierten Ländern wurden solche Vorstellungen zügig mit Gesetzeskraft versehen. Schulreformversuche, wie das längere gemeinsame Lernen bis Klasse 6, die nach den Debatten der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts eingeführt worden waren, wurden so in diesen Ländern zurückgenommen. Das gilt auch für Sachsen-Anhalt nach der Regierungsübernahme von CDU und FDP im Jahre 2002.

In der linken Debatte ist lange Jahre über die bekannten Postulate hinaus kaum angemessen auf diese Kritiken aus der Gesellschaft an dem, was Schule zu leisten in der Lage ist, reagiert worden. Die jahrelange, wahrscheinlich jahrzehntelange Reduzierung linker Bildungspolitik auf Fragen des Bildungszuganges und das soziale Lernen, auf die politische Bildung und die Behebung von Demokratiedefiziten, auf Fragen der Finanzausstattung und auf soziale Fragen der an Bildungsprozessen Beteiligten in ihren politischen Forderungen auf der einen Seite und die Vernachlässigung der Fragen der Bildungsinhalte und ihrer Vermittlung, der Leistungsentwicklung und Begabtenförderung auf der anderen Seite hat sie lange Zeit ins Hintertreffen gebracht. Hinzu kam die Diskreditierung vieler linker Forderungen im Zuge des Scheiterns des realen Sozialismus in der DDR und damit auch die Diskreditierung ihrer Schulpolitik. Die schnelle Bereitschaft eines Großteils der Bevölkerung in den neuen Bundesländern das gegliederte Schulsystem anzunehmen und sogar im Interesse vermeintlich besserer Bildung für einen Teil der Schülerinnen und Schüler einzufordern wurde als Beleg für die Untauglichkeit von Einheitsschulsystemen genommen und hat die Debatten für eine moderne Bildungsreform erschwert und auf einen Streit zwischen unterschiedlichen ideologischen Prämissen zurückgestutzt. Hinzu kamen die nur wenig überzeugenden Ergebnisse der reformpädagogischen Versuche mit Gesamtschulen in den alten Bundesländern, die sich angesichts der gliedernden Vorgaben der Kultusministerkonferenzen nicht wirklich entfalten konnten.

Zunehmend erweisen sich aber Fragen der Bildungsinhalte und der „Zuteilung“ dieser in unterschiedlichen Schulformen als ausschlaggebend für ein Bildungsverständnis, das von sozialer Gerechtigkeit geprägt ist. Gerade die jüngsten PISA-Untersuchungen belegen, dass Schülerinnen und Schüler aus sozial schlechter gestellten Elternhäusern eine um ein Vielfaches schlechtere Chance haben, zu hohen Bildungsabschlüssen zu gelangen, weil sie vorher im System aussortiert werden und familiär oder individuell bedingte Bildungsnachteile nicht ausgeglichen werden. Dies ist bei weitem nicht nur eine Frage der Demokratie, sondern in hohem Maße eine des Bildungsverständnisses, der Weise des Lehrens und Lernens.

Es ist an der Zeit, Ergebnisse der Arbeit von Erziehungswissenschaftlern zur Kenntnis zu nehmen, die sich genau diesem Ziel verpflichtet fühlen und seit Jahren Angebote für eine Neuorientierung moderner Bildung und Erziehung vorlegen, die Grundlage für eine politische Positionsbestimmung linker Bildungspolitik sein können. Daran ist in den letzten Jahren in der PDS, aber auch in Bildungsgewerkschaften und Sozialverbänden verstärkt gearbeitet worden.

Die Linkspartei.PDS muss ihr bildungspolitisches Profil weiter schärfen und einen Beitrag zur Diskussion um die Zukunft der Schule leisten, in dem die Fragen der Bildungsinhalte und der Lernziele, des Wie des Lernens sowie Fragen der Erziehungsvorstellungen im Mittelpunkt stehen. Damit muss es besser gelingen, sich in den gesellschaftlichen Diskurs um moderne Bildung konstruktiv einzubringen. Das schließt die kritische und sachliche Reflexion anderer Positionen ein.

In Sachsen-Anhalt spiegelt sich diese für die gesamte BRD typische Lage wider. Auch hier werden ernste Defizite im Ergebnis von Bildung und Erziehung sichtbar. Auch die im Sommer 2005 veröffentlichten Befunde einer Verbesserung der Lernleistungen 15-Jähriger ändern an dieser Lage noch nichts, bezieht diese sich doch vor allem auf das Leistungsniveau an Gymnasien.

Mit den Ergebnissen der Enquete-Kommission des Landtages „Schule mit Zukunft“ aus dem Jahre 1998 wurden wichtige inhaltliche Vorleistungen für künftige Entwicklungen in Sachsen-Anhalt veröffentlicht. In den Jahren von 1994 bis 2002 wurden einige Reformen auf den Weg gebracht, die dieser negativen Entwicklung entgegen wirken sollten. Dazu gehörten die Förderstufe und die neue Sekundarschule mit veränderten Abschlüssen, die zehnjährige Vollzeitschulpflicht und anderes mehr. Allerdings sind diese Reformen von der heutigen Landesregierung sehr schnell wieder kassiert worden, ohne großen Protest hervor zu rufen, weil die eingeleiteten Reformen auf eine zu geringe gesellschaftliche Resonanz und Akzeptanz stießen, weil sie zu wenig Wirkungskraft entfalteten und oftmals in der Umsetzung aus Geldgründen verkürzt worden sind. Durch massive konzeptionelle Defizite, nicht ausreichende pädagogische Begleitung, mangelnde schulorganisatorische, personelle und materielle Voraussetzungen sind diese Reformen im Ansatz stecken geblieben oder nachhaltig diskreditiert worden. Es zeigte sich einmal mehr, dass Reformen, die lediglich formale Strukturveränderungen beinhalten, grundsätzliche inhaltliche Fragen aber außen vor oder unberührt lassen und deshalb am Wesen des allgemeinen Bildungssystems wenig ändern, kaum Chancen auf Erfolg haben. Eine erfolgreiche Schulreform muss deshalb sowohl die bisherigen Bildungsinhalte als auch die Fragen der inneren Schulreform und die Fragen der Schulformentwicklung im Auge haben. Es geht um eine grundlegende Schulreform, die zu einer wirklich modernen, zukunftsfähigen und dabei sozial gerechten Bildung für alle Kinder führt. Eine solche Schulreform ist für Sachsen-Anhalt angesichts des vielen Hin und Her schulpolitischer Veränderungen nicht einfach zu haben. Die Linkspartei hat darum ein komplexes Angebot unterbreitet, das zum Ziel hat, die allgemein bildende Schule in Sachsen-Anhalt zielstrebig zu verändern und nicht in neuen Strukturdebatten beschränkt bleibt. Dabei nehmen wir

unterstützenwerte Ansätze auf, beschränken uns aber nicht auf das Herumbasteln an überlebten Strukturen.

In den letzten Jahren, insbesondere mit der Schulgesetzänderung aus dem Jahre 2004, sind auch durch die CDU-Regierung auf dem Hintergrund der bundesdeutschen Bildungsdebatte einige wichtige Einsichten gewachsen und in Gesetze gegossen worden. Dazu zählten das Bekenntnis zur frühkindlichen Bildung, zur Schuleingangsphase in der Grundschule im Interesse eines frühzeitigen Nachteilsausgleiches und der präventive und integrative Ansatz bei der Einrichtung von Förderzentren sowie die Einführung eines neuen kompetenzorientierten Lehrplanes an den Grundschulen.

Mit der Implementierung der schulstufenbezogenen Bildungsstandards und einer darauf aufbauenden Weiterentwicklung von Rahmenrichtlinien, der Einführung des produktiven Lernens an einigen Schulen und der verstärkten Entwicklung der Schulprogrammarbeit wurden durchaus wichtige Grundlagen für inhaltliche und methodische Neuorientierungen von Schule geschaffen.

Diese Veränderungen allerdings reichen nicht nur nicht aus, sie werden konterkariert durch eine Verschärfung der Leistungsauslese. So wurde nicht nur die Förderstufe abgeschafft, sondern der Zugang zum Gymnasium weiter beschränkt. Zum Hauptschulunterricht wird nach Leistungsstand zugewiesen, der notwendige Nachteilsausgleich, mit dem Ziel höhere Abschlüsse zu erreichen, ist in der Sekundarstufe I nicht mehr vorgesehen. Die Vollzeitschulpflicht wurde auf neun Jahre verkürzt und damit Schülerinnen und Schüler mit schwächeren Lernleistungen aus dem System „herausgeregelt“ anstatt sie nachhaltig zu fördern. Diese fragwürdige Aufwertung des Hauptschulabschlusses, die schon grundsätzlich nicht zu akzeptieren ist, trifft zudem auf eine völlig unzureichende Ausbildungsplatzsituation, die ihre Schatten bezüglich der Lernmotivation weit in die Sekundarschule hineinwirft. Alle Probleme des gegliederten Schulsystems werden so verschärft, die sozialen Ungerechtigkeiten durch das System verfestigt. Bildung wird zugeteilt, doch die vage Hoffnung, dass auch aus einem Tellerwäscher noch ein Millionär werden könne, hat wenig Zugkraft.

2. Rolle von Schule in einer sich wandelnden Gesellschaft

Die Entwicklungsprozesse in der Gesellschaft sind geprägt von einem tiefgreifenden Wandel der Produktivkräfte. Er wird bestimmt von sogenannter „Wissensexpllosion“ und einer rasch wachsenden Fähigkeit, Informationen zu transportieren, zu verarbeiten und zu vernetzen. Globale Verknüpfungen und Abhängigkeiten erhalten eine neue Qualität.

Diese Wandlungen brechen soziale Strukturen auf und schaffen neue, verbunden mit der Relativierung traditioneller Werte und der Konstituierung neuer Werte. Diese Prozesse werden häufig als Werteverfall reflektiert.

Die neue Revolution der Produktivkräfte rückt kulturelle Qualifikationen, soziale Kompetenz und Ideenfindung an erste Stelle. Moderne Produktionsprozesse werden immer stärker vom Ergebnis allgemeiner Arbeit, von Informationsarbeit, von sozialer und gestalterischer Kreativität abhängig.

Damit Schule der Funktion gerecht werden kann, allen einen sozial gleichen Zugang zu Wissen und zur Teilhabe am kulturellen Austausch zu gewähren, muss sie

- ▶ der aus der Explosion von Wissen erwachsenden Dynamik von Bildungsprozessen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Schulzeit gerecht werden,
- ▶ einen Beitrag leisten, die reiche und wachsende Vielfalt der Kultur- und Bildungsgüter der Menschheit zu bewahren,
- ▶ ihren Platz unter den immer vielfältiger werdenden Angeboten zum Erlangen von Kulturgütern, Wissen und Information finden, insbesondere muss sie produktiv mit zahlreichen neuen Lernorten außerhalb von Schule umgehen,
- ▶ den Wandel der Lebens- und Sozialisationsbedingungen begleiten, Lebenshilfe leisten und zur Werteerziehung beitragen.

Die Institution der öffentlichen staatlichen Schule ist hinter diesen Entwicklungen zurückgeblieben, was sie zum Teil in ihrer gesellschaftlichen Rolle nachhaltig diskreditiert hat. Durch akute Problemlagen sind Schulen oft gedrängt, eine bestimmte Seite dieser komplexen Entwicklungsprozesse in ihrer Arbeit besonders zu betonen. So wird häufig ein Großteil der Zeit in Sekundarschulen aber auch an Gymnasien zur Entwicklung elementarer Lernmotivation und Lebenshilfe notwendig.

Die derzeitige Lösung scheint vielen in einer konsequenteren Aufteilung der Schülerklientel nach vermeintlichen Leistungskriterien zu liegen, die eingefordert wird und angesichts der Ohnmacht der Schule vor den realen Problemen auch zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz findet. Die Linkspartei.PDS will der Flucht in die in vielen Fällen damit verbundene soziale Ausgrenzung entgegentreten. Sie plädiert für eine humanistische Schule.

Zukunftsfähige Schule muss nach unserer Meinung integrative Schule für alle sein.

In diesem Sinne hat öffentliche Schule eine Zukunft und darf auch für kommende Generationen nicht zu einer „Notversorgungseinrichtung“ minderprivilegierter Schichten verkommen.

Schule muss sich aber wandeln und profilieren:

- ▶ zu einem Ort flexibler Allgemeinbildung und zunehmend individualisierter Bildungsmöglichkeit, zu einem Ort, an dem die Bedürfnisse junger Menschen als wesentliche Bedingungen seiner Gestaltung begriffen werden,
- ▶ zu einem Ort des Systematisierens des auf vielfältigen Wegen angeeigneten Wissens,
- ▶ zu einem Ort des Erlernens des Lernens, des ökonomischen Umgangs mit Wissen,
- ▶ zu einer Institution, die einen Beitrag zur Entwicklung eines auf breitem demokratischen Konsens fußenden Wertesystems leistet, die einen sozialpädagogischen Auftrag bewusst annimmt und sich als sozialer Lebensraum junger Menschen versteht,
- ▶ zu einer Institution, die sich Europa und der Welt öffnet, einen eigenen Beitrag zur Integration leistet.

Unter diesen Aspekten ist es erforderlich, auch über das Zeitbudget von Bildungsprozessen neu nachzudenken.

3. Allgemeinbildung heute

Allgemeinbildung hat nach unserem Verständnis² drei wesentliche Aspekte:

1. Sie hat einen demokratischen Aspekt: Sie soll Bildung für alle sein. Daraus leitet sich auch der emanzipatorische Anspruch der Linken ab, einen gleichen Zugang für alle Kinder zu allen Bildungsangeboten zu fordern.
2. Der Begriff Allgemeinbildung hat einen individuellen, persönlichkeitsbildenden Aspekt. Allgemeinbildung ist allseitige Bildung, auf die ganze Persönlichkeit, die Ausprägung aller ihrer Wesenseigenschaften gerichtet. Der emanzipatorische Effekt dieser Funktion liegt ebenfalls auf der Hand: Allgemeine, auf die Ausprägung aller Seiten der Persönlichkeit gerichtete Bildung befähigt Menschen, sich selbstständig und selbstbewusst mit der Gesellschaft auseinander zu setzen und sich in ihr zurechtzufinden. Aus dieser Sicht verbietet sich die Vorauswahl von Bildung über feste, weitgehend undurchlässige Bildungswege in Vorwegnahme vermeintlicher späterer Bestimmung des Individuums. Eine solche Vorauswahl wäre nicht nur ein unzulässiger Eingriff in die Freiheit, die Autonomie und die Autorität der Persönlichkeit und würde schon von daher emanzipatorischen Zielstellungen widersprechen, sondern schlimmer, sie produziert diese spätere vermeintliche Bestimmung des Individuums erst!
3. Der dritte Aspekt von Allgemeinbildung bezieht sich auf die Auswahl eines für alle allgemein verbindlichen Systems von Bildungsinhalten, auf eine allgemeine Auswahl aus dem großen Komplex des Menschheitswissens, das über Bildung zum Handwerkszeug der Allgemeinheit werden soll.

4. Moderne Bildungsinhalte und Bildungsziele

Auf diesen 3. Aspekt von Allgemeinbildung konzentrieren sich derzeit vor allem die gesellschaftlichen Debatten. Das betrifft die inzwischen im Grunde entschiedene Diskussion um die Schulzeitlänge, ebenso wie die Frage nach der Gewichtung von Fächern und die Einführung neuer Fächer respektive neuer Bildungsinhalte, die auf Medienkompetenz, ökonomisches Wissen, technologisches Verständnis usw. zielen. Die berechtigte Forderung nach Neubestimmung der Bildungsinhalte führten in der Regel in der Unterrichtspraxis zu einer quantitativen Erweiterung der Lehrstoffe, die möglichst in der gleichen oder kürzeren Unterrichtszeit zu absolvieren waren. Das geht häufig einher mit höherem Leistungsdruck, mehr Oberflächlichkeit und in der Folge mit weniger solider Bildung für alle.

² Bei der Neubestimmung von moderner Allgemeinbildung im Folgenden nehmen wir die wissenschaftlichen Arbeiten des Erziehungswissenschaftlers Wolfgang Klafki auf.

Eine Neubestimmung der Bildungsinhalte ist nicht ausschließlich über eine sogenannte „Entschlackung der Rahmenrichtlinien“ zu erreichen.

Nicht selten wird in diesem Zusammenhang die Nützlichkeit des an Schule Gelernten in Frage gestellt und ein Maßstab eingefordert, der Schulwissen an der Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt misst. Hier liegt sehr stark die Gefahr, dass durch die „Zuteilung“ von Bildungsinhalten der allgemeine Bildungszugang eingeschränkt wird. In den Diskussionen der letzten Jahre werden sehr wohl Stimmen laut, die neben der Bewahrung humanistischen Kulturgutes auch die Entwicklung aller Kompetenzen, die für die Entfaltung aller Seiten der Persönlichkeit notwendig sind, einfordern. Allerdings richten sich diese Sorgen vor allem auf die Gestaltung der gymnasialen Bildung. Dennoch: Auch in der CDU nimmt man Abstand vom einseitig an Faktenwissen orientierten Bildungsverständnis und selbst die Fragen der sozialen Gerechtigkeit im Bildungszugang sind mit der Bundeskanzlerin Merkel für die CDU kein Tabu-Thema mehr – ein Grund mehr, die Debatte voran zu treiben

Die wachsenden immer komplexer werdenden gesellschaftlichen Erwartungen an in Schule zu vermittelnder Allgemeinbildung sind nicht in einem festen, für alle verbindlichen Wissenskanon zu bündeln. Vielmehr erscheint ein flexibler Umgang mit Bildungsinhalten geboten, der der Einzelschule Perspektiven einer inhaltlichen Profilierung ermöglicht und andererseits in der Gesamtheit der Bildungsangebote den Reichtum der Kultur und des Wissens bewahrt und angemessen auf gesellschaftliche Erwartungen reagieren kann.

Darüber hinaus sollen auch in der Einzelschule und in Bezug auf Lerngruppen wie auf einzelne Schülerinnen und Schüler Bildungsgegenstände stärker sachlich und zeitlich differenziert angeboten werden können, um ein individuelles Leistungsoptimum zu erreichen.

Gleichzeitig muss ein Erfolg versprechender Unterricht auf verlässliche Grundlagen, solides Grundwissen und solide Grundfähigkeiten zielen, die alle Schülerinnen und Schüler erwerben und sicher beherrschen sollen, aber mehr als bisher akzeptieren, dass dies individuell höchst unterschiedlich verläuft.

Moderne Allgemeinbildung muss in neuer Qualität auch kreative Inhalte umfassen.

All das erfordert ein anderes Herangehen an Schulwissen und Schulbildung.

Sie müssen stärker auf die Entwicklung von Lernkompetenz, methodisch instrumenteller Kompetenz und Sozialkompetenz gerichtet sein und sich am Grad der Ausprägung dieser Kompetenzen messen.

Wichtige Schlüsselkompetenzen sind aus unserer Sicht:

- ▶ Beherrschung der Kulturtechniken einschließlich des Umgangs mit modernen Medien,
- ▶ Fähigkeit und Fertigkeit zur Verständigung in fremder Sprache,
- ▶ Fähigkeiten zum Lernen, zum selbständigen Wissenserwerb, Methodenwissen, kognitive Fähigkeiten,
- ▶ Phantasie, Vorstellungskraft, Abschätzungsvermögen,
- ▶ Fähigkeit des Denkens in großen Zusammenhängen,
- ▶ handwerkliche und technische Fähigkeiten und Fertigkeiten,

- ▶ Ästhetische Wahrnehmungs- und Gestaltungsfähigkeiten, Kreativität,
- ▶ Fähigkeit zur selbständigen Orientierung in der Gesellschaft (inklusive Wissensentwicklung und Mediennutzung),
- ▶ Demokratiefähigkeit, Fähigkeit zur friedlichen Konfliktlösung,
- ▶ soziale Kompetenz, Teamfähigkeit,
- ▶ Empathiefähigkeit,
- ▶ Fähigkeit zum Umgang mit sich selbst, dem eigenen Körper...

Diese Dispositionen lassen sich nur auf der Grundlage soliden Wissens entwickeln. Es muss anspruchsvolles Allgemeinwissen sein, das nicht der schulischen Selektion dient, sondern von allen erworben werden kann.

Strukturell soll das allgemeine Angebot von Bildungsinhalten vor allem umfassen:

- ▶ Die Vermittlung von Grundfähigkeiten und Grundfertigkeiten, die für das Individuum wichtig für seine aktive und gestaltende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind;
- ▶ die Weitergabe und Bewahrung wichtiger Erfahrungen, Traditionen und weiterer kultureller Güter der Menschheitsentwicklung;
- ▶ die Ausbildung eines Verständnisses von Grundprozessen und Grundzusammenhängen in den jeweiligen Wissensgebieten, das die Voraussetzungen für den möglichen Einstieg in spezielles Wissen und spezielle Fähigkeiten schafft;
- ▶ die Ausprägung der Fähigkeit der Individuen, sich künftigen sozialen, kulturellen und fachspezifischen Entwicklungen aktiv stellen, neue Wissensinhalte selbständig aufnehmen und nutzen zu können.

5. Bildungsgegenstände müssen sich künftig stärker an Schlüsselproblemen orientieren

Schlüsselprobleme enthalten jeweils einen fächerübergreifenden inhaltlichen Aspekt, einen Fähigkeitsaspekt, Aspekte der Werteerziehung und ermöglichen die Ausprägung von Welthaltungen.

Die Orientierung an Schlüsselproblemen soll beitragen zur Entwicklung und Vertiefung

- ▶ ökologischen Wissens, des Gefahrenbewusstseins, des Naturverständnisses,
- ▶ des Technikverständnisses,
- ▶ des Wissens und Verständnisses um die Prozesse um Krieg-Frieden in der Welt,
- ▶ des Wissens und Verständnisses um Demokratie und Diktatur,
- ▶ des Wissens und Verständnisses um ethnische Konflikte, zur Verurteilung von Fremdenhass, Rassismus, Faschismus, Neofaschismus und Rechtsextremismus,
- ▶ des historischen Verständnisses, des geographischen Verständnisses,

- ▶ des Wissens um die Nord-Süd-Problematik und weitere globale Konfliktzonen,
- ▶ des Wissens um ökonomische und soziale Zusammenhänge in der modernen Gesellschaft,
- ▶ des Verständnisses für die Gerechtigkeitsfrage, die Gleichheitsfragen in der Gesellschaft,
- ▶ der Wissens und des Verständnisses um die Geschlechterfrage,
- ▶ des Zusammenlebens von verschiedenen Kulturen,
- ▶ des Verständnisses für zwischenmenschliche Beziehungen.

Um Schlüsselprobleme aufgreifen zu können, ist fachübergreifendes Arbeiten ebenso notwendig wie solides Wissen in den einzelnen Unterrichtsfächern, das zur rechten Zeit zur Verfügung steht, und fachübergreifendes Wissen. Eine solche Orientierung muss sich in den Rahmenrichtlinien niederschlagen. Unter diesen Gesichtspunkten sind sorgfältig erarbeitete Schulprogramme, die Umgestaltung der Stundentafel und eine an diesen Anforderungen orientierte Unterrichtsgestaltung ebenso unerlässlich.

6. Leistungsförderung und Begabtenförderung

Die Linkspartei.PDS setzt sich für individuelle Leistungsförderung an allen Schulformen ein. Dazu sollen vor allem Möglichkeiten der integrativen Förderung und Formen des selbstbestimmten Lernens genutzt werden. Es geht um neigungsorientierte und leistungsbezogene Formen der individuellen Förderung innerhalb des Klassenverbandes und um eine Vielzahl von Zusatzangeboten im Wahl- und Wahlpflichtbereich sowie um erweiterte Möglichkeiten für Arbeitsgemeinschaften und andere Formen wie Schülerinstitute u.ä., auch mit externem Fachpersonal, die je nach Interessen und Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern genutzt werden können. Dazu sollen u.a. fach- und jahrgangübergreifende Angebote an den Schulen entwickelt werden. Solche Formen sollen sowohl „schwächeren“ Schülerinnen und Schülern zur Überwindung ihrer Defizite als auch leistungsstärkeren zur weiteren Profilierung kostenfrei zur Verfügung stehen.

Inbesondere für die Förderung von herausragenden Begabungen sollen neben anderen, schulübergreifende und regionale Angebote vorgehalten werden.

Auch die auf verschiedenen Gebieten besonders begabten Schülerinnen und Schüler, die in Schulen aller Schulformen lernen, haben einen Anspruch auf Förderung ihrer Begabung als Ausdruck ihres legitimen Bildungsinteresses. Die Förderung von Begabung darf nicht auf einzelne Schulformen oder gar Schulen reduziert werden. Die Anstrengungen, besondere Fähigkeiten und Neigungen gezielt zu entwickeln, zu entdecken und zu fördern, müssen an allen Schulen verstärkt werden.

Eine stärkere Orientierung auf selbstbestimmtes Lernen und das Eingehen auf individuelle Leistungsfähigkeiten und ihre Förderung sowie der Umgang mit neuen Bildungsinhalten erfordern auch ein **Neudenken der Leistungsmessung einschließlich der Formen der Abschlussprüfungen.**

Die klassische Klausur, in der allen Schülerinnen und Schülern die gleichen Wissenstatbestände abgefordert werden, muss schrittweise ergänzt und ersetzt werden durch Formen individueller Leistungsüberprüfungen, die stärker die erworbenen Fähigkeiten zum Gegenstand haben als die Abfrage vorhandenen Faktenwissens. So sollten besonders in höheren Klassen selbständiges Erarbeiten von Stoffen und Problemen zum Beispiel in Form von Hausarbeiten oder Projekten im Vordergrund stehen, die dann in Kolloquien vorgestellt werden. Dabei sollten Formen der Teamarbeit genutzt werden können und die Fähigkeiten der selbständigen Nutzung unterschiedlicher Informationswege (Bibliothek, Internet, Befragungen...) unter Beweis gestellt werden.

7. Bedingungen und Maßstäbe für soziale Gerechtigkeit im Bildungsbereich

Für die Linkspartei.PDS ist die Sicherung eines sozial gerechten und für alle freien und gleichen Zugangs zu Bildung eine grundlegende Forderung. Dies entspricht dem Gleichheitsgebot und den Freiheitsrechten des Grundgesetzes und fordert mit dem Verweis auf soziale Gerechtigkeit, der Verschiedenheit der Individuen und ihrer sozialen und kulturellen Lebenssituation damit Rechnung zu tragen, dass Nachteile durch gesellschaftlichen Ausgleich gemildert und besonderen Fähigkeiten Entwicklungsperspektiven eröffnet werden. Die Hemmnisse beim Zugang von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten sozialen und kulturellen Milieus zu höherer Bildung und erfolgreichen Abschlüssen müssen abgebaut werden. Das Erreichen von Abschlüssen und der Zugang zu weiterführender Bildung darf auch nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängen. Die zur Erlangung von Bildung eingesetzten öffentlichen Mittel müssen darum gerechter verteilt werden.

Öffentliche Schule ist in einer besonderen Verantwortung, diesen Forderungen durch den öffentlichen Charakter und die freie Nutzung ihrer Bildungsangebote sowie durch einen gezielten Nachteilsausgleich nachzukommen. Dazu gehören nach unserer Auffassung Zeit für individuelle Förderung, die sich am Förderbedarf des einzelnen Kindes bemisst, freier und gleicher Zugang zu den Bildungswegen und Korrekturmöglichkeiten in den Bildungsgangentscheidungen bis zum Abschluss sowie materielle Voraussetzungen, die es ermöglichen, dass Kinder unterschiedlicher sozialer Herkunft gleiche Bildungschancen erhalten (Schulbücher und Unterrichtsmaterialien, Zugang zu modernen Medien, Finanzierung der Schülerbeförderung u.a.).

Pädagogische Formen, die eine solche Chancengerechtigkeit über gezielten Nachteilsausgleich und gezielte Förderung ermöglichen, sind für uns die flexible Schuleingangsphase, ein integratives Angebot an Grundschulen mit einem rhythmisierten Schultag, ein bedarfsgerechtes Netz von Ganztagschulen und ihre inhaltliche Profilierung und schließlich eine längere gemeinsamen Schulzeit.

Zu den gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährleistung sozialer Chancengerechtigkeit rechnen wir die Verankerung der Integrierten Gesamtschule als

ersetzende Regelschulform, die Möglichkeit des Umstiegs von der Sekundarschule zum Gymnasium ohne Zeitverlust und am Ende der 9. Klasse, die Orientierung auf eine zehnjährige Vollzeitschulpflicht für alle Kinder und die Aufhebung des Hauptschulbildungsganges. Notwendig sind bundesweit anerkannte Abschlüsse in der Regel nach der zehnten Klasse für möglichst alle Kinder.

8. Integration statt Aufteilung

Der freie und gleiche Zugang zum Erwerb aller Bildungsabschlüsse lässt sich nach unserer Auffassung am besten in integrativen Systemen gewährleisten. Die frühzeitige Auswahl von Schülerinnen und Schülern entsprechend ihres prognostizierten vermeintlichen Leistungsniveaus verhindert durch äußere Zuteilung von Bildungsmöglichkeiten und -inhalten tatsächliche Chancengleichheit. Die Linkspartei.PDS bevorzugt vielmehr die individuelle Förderung des einzelnen Kindes durch leistungs- und neigungsbezogene Bildungsangebote im Rahmen integrativer Schulformen, die keine Vorentscheidung für künftige Laufbahnen in sich tragen. Aus dieser Sicht kritisieren wir die Regelungen der Kultusministerkonferenz, die integrativen Schulformen in bestimmten Fächern die Gliederung in Lerngruppen mit unterschiedlichen Anforderungsniveaus vorschreiben, die dann zur Voraussetzung für weiterführende Bildungsgänge oder das Erreichen bestimmter Abschlüsse wird. Mit der Implementierung schulstufenbezogener bundesweit gültiger Bildungsstandards wird diese Vorschrift zudem überflüssig.

Durch unterschiedliche Anforderungsniveaus in heterogenen Lerngruppen kann vielmehr der Anreiz zu besseren Lernergebnissen auch für jene Schülerinnen und Schüler geschaffen werden, die mehr Zeit zum Lernen brauchen oder nicht so gute Lernleistungen erreichen können.

Wir sehen in heterogenen Lerngruppen auch Potentiale für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler, neue Dimensionen für eigene Lernfortschritte zu erschließen. Zudem sind solche Lerngruppen geeignet, mehr selbstbestimmtes Lernen für alle Kinder, also auch für die leistungsstarken zu entwickeln. Diese potentiellen Vorteile heterogener Lerngruppen gegenüber scheinbar homogenen Gruppen mit einem weitgehend ausgeglichenen Anspruchsniveau gilt es, stärker zum Tragen zu bringen.

Ein zusätzlicher und angesichts des häufig beklagten Werteverfalls dringend notwendiger Effekt integrativer Schule ist die größere Möglichkeit, soziale Handlungskompetenzen zu vermitteln und der sozialen Entsolidarisierung der Gesellschaft entgegenzuwirken.

Die Linkspartei.PDS tritt dafür ein, allen in Sachsen-Anhalt existierenden integrativen Schulen und den Bemühungen weiterer Schulen diesbezüglich endlich das nötige Gewicht zu verleihen, damit sie innovativ auf das gesamte Schulsystem wirken können.

Zu den Fragen der Integration gehört auch die Integration von Kindern mit unterschiedlichen Behinderungen in allgemeine Schulen, in denen sie gemein-

sam mit Kindern, die keinen sonderpädagogischen Förderbedarf haben, unterrichtet werden. Auf Wunsch der Eltern bzw. der Kinder müssen qualifizierte Möglichkeiten integrativer Beschulung geschaffen werden, die den individuellen Voraussetzungen und Erfordernissen der Kinder gerecht werden. Dazu gehören sowohl technische und materielle Voraussetzungen als auch die Bereitstellung entsprechend ausgebildeten Personals. Die Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte integrative Beschulung von Kindern mit Behinderungen müssen schrittweise aber zügig geschaffen werden. Die Einrichtung von regionalen und überregionalen Förderzentren kann ein solcher Weg sein. Er stellt allerdings nur einen Anfang für ein umfassendes integratives Konzept von Bildung in der Schule dar.

9. Soziales Lernen

Soziales Lernen umfasst eine breite Palette von Aufgaben, die in der Gemeinschaft, in der Gruppe zu lösen sind. Dabei geht es um die Fähigkeit, im Team, in „flachen“ Hierarchien erfolgreich zu arbeiten, wie um das Üben sozialer Verhaltensmuster.

Soziales Lernen richtet sich vor allem auf die Ausprägung emanzipatorischer Fähigkeiten. Darunter verstehen wir insbesondere Fähigkeiten, sich selbstständig, kritisch und selbstkritisch mit der Welt auseinander zu setzen, humanistische Werte als Maßstäbe für soziales Denken und Handeln, soziale Handlungskompetenzen, die Befähigung zu tätiger Solidarität, die Fähigkeit, eigene Interessen und Positionen auch im Konflikt mit anderen zu vertreten, Konflikte und unterschiedliche Interessenlagen zu akzeptieren sowie die Befähigung zu friedlicher Konfliktbewältigung, die Fähigkeit demokratische Entscheidungen herbeizuführen und die Bereitschaft, diese zu akzeptieren, inhumane Denk- und Verhaltensweisen zu erkennen und ihnen wirksam zu begegnen.

Mit sozialem Lernen wird auch ein Beitrag im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit geleistet.

Die Befähigung und der Prozess zu freier Selbstverwirklichung vollziehen sich im Spannungsfeld von Individualisierung und Solidarität, Toleranz und Akzeptanz als konstituierende Elemente zivilisatorischen Zusammenlebens. Dieses Spannungsfeld muss durch demokratisch vereinbarte Normen gestaltet werden. In diesem Zusammenhang ist vor allem auf Kompetenzen für die Verwirklichung der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern zu achten.

Für die Schule bedeutet das, diesem Teil der Bildung größere Aufmerksamkeit entgegenzubringen und geeignete Formen zu entwickeln, in denen sich soziales Lernen vollziehen kann. Soziales Lernen erfolgt vor allem in heterogenen Lerngruppen, im täglichen Umgang mit unterschiedlichen Individuen. Für soziales Lernen sollen sowohl das praktische Unterrichtsgeschehen als auch Schulsozialarbeit und Angebote außerhalb der Unterrichts genutzt werden.

10. Förderung neuer pädagogischer Arbeitsformen

Wenn die Auswahl von Stoffen und Themen nicht mehr streng vorgegeben ist, oder wenigstens in wesentlich größeren Spielräumen möglich wird, wenn also die pädagogische Freiheit und die Verantwortung der Pädagoginnen und Pädagogen in diesem Gestaltungsprozess wächst, kann in der Schule durch die Erarbeitung eines eigenen Schulprogramms mit eigenen Schwerpunktsetzungen oder auch durch Entscheidungen in Tutorenteams wie von Schülerinnen und Schülern selbst, die konkrete Auswahl der Unterrichtsstoffe und Themen aus einem größeren Wahlangebot erfolgen. Mit der Orientierung auf Schlüsselprobleme und Schlüsselqualifikationen wird eine größere Variabilität der Stoffe möglich, die sich im Rahmen der von der Schule vorgelegten Lehrpläne bewegen, aber dennoch maßgeblich von der Schule selbst nach den beschriebenen Prinzipien gefasst werden.

Die Auswahl von Bildungsinhalten und Stoffen soll dabei keineswegs zufällig sein, sondern Ergebnis eines gesellschaftlichen Diskurses und breiten Konsenses wie sie mit den bundeseinheitlichen Bildungsstandards angestrebt werden.

Das so zu gestaltende Lernen setzt vor allem fächerübergreifendes Vorgehen voraus, das zurückgeht auf komplexe, also ganzheitliche Betrachtung, Epochenarbeit und Projektarbeit in Bezug auf Probleme aus der Geschichte oder der Gegenwart. Die neuen Unterrichtsformen stehen in einem ergänzenden Verhältnis zu den klassischen; letztere sind aber in ihrer Qualität deutlich zu erhöhen.

Die Linkspartei.PDS plädiert dafür, im Rahmen offener Unterrichtsformen, von Wochenplan- und Freiarbeit das selbstbestimmte Lernen von Kindern und Jugendlichen altersgerecht zu fördern. Lehrerinnen und Lehrer werden in diesem Prozess eher die Funktion eines Moderators und Beraters einnehmen und nicht mehr vorrangig die eines Stoffvermittlers.

Der Lernprozess braucht inhaltlich und methodisch einen engeren Bezug zum realen Leben. Praktika (Betriebspraktika, Sozialpraktika, naturwissenschaftliche Praktika usw.) sollen einen hohen Stellenwert im Bildungsprozess einnehmen. Schülerinnen und Schüler müssen ihre Kompetenzentwicklung erfahren können, ihre Nützlichkeit spüren und in der praktischen Anwendung von Wissen und Fähigkeiten neue Motivationen für Bildung finden. Jede Anwendung ruft zugleich neues Lernen hervor. Dieser Prozess soll durch Praktika befördert werden und in eine neue Qualität schulischen Lernens umschlagen.

Schulen sollen sich zum sozialen Umfeld hin öffnen und mit Verbänden, Vereinen, Unternehmen, demokratischen Strukturen im Territorium und darüber hinaus zusammenarbeiten. Die Schulen sollen deren Möglichkeiten zur Zusammenarbeit nutzen und sich zugleich als Schule zur Geltung bringen. Dabei wird es auf die Unterstützung der Schulträger ankommen.

11. Das Abitur als höchster allgemeiner Bildungsabschluss

Wir gehen davon aus, dass auch die Wege zum Abitur Wandlungen unterworfen sein werden. Dabei verbinden wir mit dem Abitur auch künftig folgende Forderungen:

- ▶ Die allgemeine Studierfähigkeit mit der Erlangung des Abiturs soll inhaltlich gesichert und formal anerkannt bleiben.
- ▶ Allen Schülerinnen und Schülern soll ein Fundament gemeinsamer Erkenntnisse, Fähigkeiten, Einstellungen als Basis gesellschaftlich-politisch-kulturellen Zusammenlebens und individueller Selbstverwirklichung vermittelt werden.
- ▶ Die optimale Förderung jeder Schülerin und jedes Schülers soll gewährleistet werden. Dies soll sich in differenzierten Angeboten gegebenenfalls auch differenziertem Stoffumfang und differenzierter „Stofftiefe“ und differenzierten Lernzeiten realisieren.
- ▶ Die Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit in der Bildung soll gewahrt bleiben. Das schließt Durchlässigkeit und gezielten Nachteilsausgleich ein.
- ▶ Es muss ein breiter und künftig wachsender Zugang zum Abitur erhalten bleiben bzw. ermöglicht werden.
- ▶ Dabei ist eine solide Unterrichtsversorgung sicherzustellen.

Wir halten es für falsch, die bundesdeutsche Debatte der Schulzeit bis zum Abitur allein aus der Sicht einer vermeintlich erhöhten Konkurrenzfähigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu führen. Das wird so ebenso wenig zu erreichen sein wie die Lösung wichtiger sozialer und bildungspolitischer Probleme.

Dennoch: In der bundesdeutschen Debatte ist die Schulzeitverkürzung bis zum Abitur auch in den alten Ländern vorangeschritten. Umso wichtiger ist es, die Anerkennung des Abiturs nicht von formalistischen Prinzipien wie der Jahreswochenstundenzahl als Durchschnittswert der Studententafeln aus den alten Bundesländern abhängig zu machen, sondern das Abitur zu bestimmen als höchsten allgemeinen Schulabschluss, der die Studierfähigkeit sichert. Dabei müssen auch die veränderten Berufs- und Lebensbiografien junger Menschen in der Gesellschaft von heute in Betracht gezogen werden. Das Abitur wird künftig nicht nur auf das Hochschulstudium ausgerichtet sein können, sondern auf vielfältige Wege in den Beruf, zu dem auch die Aufnahme eines Studiums an einer Universität oder Hochschule zählt, mitunter aber auch erst nach einer „normalen“ Berufsausbildung oder nach mehrjähriger Berufspraxis. Im Übrigen wachsen vor allem in Bereichen der wissensbasierten Produktion auch die Anforderungen der Ausbildung für jene Berufe, die keinen Hochschulabschluss erfordern. Eingedenk solcher Entwicklungen der Produktivkräfte und ihre Auswirkungen auf die Produktionsweise ist es eine Notwendigkeit gesellschaftlicher Entwicklung die Bildungsbeteiligung deutlich zu erhöhen und den Anteil von Absolventinnen und Absolventen von Gymnasium und Hochschule merklich zu steigern.

Wir gehen darum davon aus, dass in diesem Zusammenhang auch die Ausgestaltung der Studierfähigkeit neu diskutiert werden muss.

Ungeachtet der Ablehnung formaler Standards für die Abiturausbildung, wie die Jahreswochenstundenzahl, halten wir es für erforderlich, sicher zu stellen, dass einheitlich in der Bundesrepublik die in den verschiedenen Wegen zum Abitur angebotenen Ausbildungsinhalte in Qualität, fachlichem Spektrum und Umfang, jenen Anforderungen entsprechen, die eine allgemeine Studierfähigkeit ermöglichen.

Darüber hinaus sollen neue Bildungsangebote entwickelt werden, die allgemeine und berufliche Bildung enger verzahnen, berufliche Bildung in stärkerem Maße für den Hochschulzugang öffnen und in denen auch doppelt-qualifizierende Bildungsgänge (Abitur und abgeschlossene Berufsausbildung) vorgesehen sind.

12. Entwicklung der Demokratie an den Schulen

Gespräche mit Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern zeugen oft von einer tiefen Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Bildungs- und Erziehungssituation. Allen an Bildung beteiligten Gruppen scheint eins gemeinsam, sie haben die Erfahrung gemacht, trotz allen Einsatzes nichts an gegebenen bestehenden Situationen ändern zu können.

Schule untersteht bisher einem starren hierarchischen System, welches ein demokratisches Miteinander deutlich erschwert. Alle Versuche in der Schule demokratische Strukturen einbringen zu wollen scheitern oft im Alltag. Schülerinnen und Schüler haben kaum Möglichkeiten gegen Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten vorzugehen. Sie sind noch zu wenig Partnerinnen und Partner in der Bildungsarbeit. Elternvertretungen werden unzureichend an den eigentlichen Aufgaben von Schule beteiligt. In zahlreichen Fällen genügt in den Konferenzen ihr Votum für Finanzausgaben. Lehrer und Lehrerinnen fühlen sich oft nicht unterstützt von Schulleitung und Schulbehörden. Schulleiterinnen und Schulleiter haben in der Regel zu wenig Entscheidungsfreiheit im Interesse ihrer Schulen. Statt beratend erscheinen Schulbehörden kontrollierend und anweisend.

Demokratie entwickelt sich in erster Linie in den Beziehungen zwischen Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern auf der Grundlage partnerschaftlicher Unterrichtsarbeit.

Alle an der Bildung und Erziehung beteiligte Gruppen von Pädagoginnen und Pädagogen sollten, gemeinsam mit Eltern- und Schülervertreterinnen und -vertretern, in den Gesamtkonferenzen das Stimmrecht bekommen. Die Linkspartei.PDS tritt für Drittelparität ein. In den Konferenzen sollten verstärkt mit den Eltern Bildungs- und Erziehungsaufgaben diskutiert werden.

Lehrerinnen und Lehrer müssen in die Entscheidung, in welcher Schule sie unterrichten werden, stärker einbezogen werden.

Flexible und neue Unterrichtsinhalte, Themen für Projektunterricht, neue Formen des Unterrichtes sind in den Konferenzen gründlicher zu beraten und

abzustimmen. Schulprogrammarbeit kann ein Weg sein, auch die demokratischen Beziehungen der an Schule Beteiligten deutlich zu stärken.

13. Pädagogische Rahmenbedingungen

Die Linkspartei.PDS fordert eine bessere personelle und materielle Ausstattung des Bildungswesens. Damit muss eine zielstrebigere wissenschaftliche und praktische Arbeit zur Qualifizierung des Unterrichts und der gesamten schulischen Tätigkeit verbunden sein, die wirksamer in der Schulpraxis umzusetzen ist.

Die Linkspartei.PDS geht dabei davon aus, dass die zur weiteren Entwicklung der Schulbildung erforderlichen Anstrengungen der öffentlichen Hand sich in das Gesamtgefüge der Aufgaben zur Daseinsvorsorge und zur Gewährleistung sozialer Ausgewogenheit einfügen müssen. Damit verbunden ist die Anerkennung der Begrenztheit der zur Verfügung stehenden Mittel und Ressourcen und die Forderung nach hoher Effektivität ihres Einsatzes. Es muss darüber hinaus die Erkenntnis genährt werden, dass Bildungsausgaben moderne Formen im Grunde investiver Ausgaben darstellen. Von der Floskel, dass Bildung eine Investition in die Zukunft sei, muss auch endlich übergegangen werden zu einer entsprechenden finanzpolitischen Würdigung. Insofern schlagen wir vor bei der Bewertung des Haushalts eine Bildungsquote zugrunde zu legen.

Von strategischer Bedeutung ist die Sicherung eines gut qualifizierten stabilen Bestandes an pädagogisch ausgebildeten Fachkräften im Lehrerberuf. Der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern muss große Aufmerksamkeit beigemessen werden.

Um eine sinnvolle Fluktuation von Fachkräften zwischen den Bundesländern zu gewährleisten, müssen entsprechende Bedingungen geschaffen werden. Dazu zählt auch die Angleichung der Gehälter sowie tarifrechtlicher Bestimmungen zwischen Ost und West und die gegenseitige Anerkennung von Qualifikationsabschlüssen sowie besoldungsrechtlicher Tatbestände zwischen den Bundesländern.

Für moderne Schule ist ein wirksames Beratungs- und Unterstützungssystem, das ortsnah ausgestaltet ist, unerlässlich. Hochschulen und Universitäten sollen verstärkt mit Schulen zusammenarbeiten. Das Beratungs- und Unterstützungssystem soll mit einer zielstrebigem Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer, Pädagoginnen und Pädagogen verbunden sein. Die Verbindlichkeit der Fort- und Weiterbildungsverpflichtungen soll erhöht werden. Zunehmend besser müssen auch Pädagoginnen und Pädagogen Fortbildung auf allen Gebieten pädagogischer Professionalität annehmen.

Die Fort- und Weiterbildung muss spürbarer auf die Verbesserung der qualifizierten und fachgerechten Unterrichtsversorgung orientiert werden. Fortbildung muss darüber hinaus spezifischer auf die Profilentwicklung der Schule gerichtet sein. Mit Fortbildung und anderen Formen soll der Motivation, Befähigung, Qualifizierung und beratenden Begleitung der Lehrerinnen und Lehrer, pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Schulen sollen stärker an Evaluierungsprozessen interessiert werden und Möglichkeiten dafür erhalten. Im Zentrum soll die Sicherung einer hohen Qualität von Unterricht und Schule stehen. Schule und Forschung müssen enger verknüpft werden.

Lehrerinnen und Lehrer, pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen stärker in pädagogische Innovation einbezogen werden.

Über aktuelle Forschungsergebnisse an Universitäten und Hochschulen oder über im Auftrage des Kultusministeriums erstellte Expertisen und Forschungsleistungen sind Pädagoginnen und Pädagogen, Lehrerinnen und Lehrer und auch die Schülerinnen und Schüler besser zu informieren. Wissenschaftliches Arbeiten von Lehrkräften sollte einen höheren Stellenwert einnehmen und jede Unterstützung von Schulleitung, Schulbehörde und Universität erfahren.

Der Prozess der **Weiterentwicklung der Rahmenrichtlinien, Einheitlichen Prüfungsanforderungen (EPA)** und weiterer Dokumente für den Unterrichtsprozess muss fortgesetzt werden. Gleichzeitig verlangt ihre qualifizierte Umsetzung in der Schulpraxis größere Aufmerksamkeit.

Für eine erfolgreiche pädagogische Entwicklung der Schulen brauchen wir im Land ein **stabiles Schulnetz**, das unter dem Gebot der Chancengleichheit allen die Möglichkeit eröffnet, jedes gewünschte Bildungsziel anzustreben. Gleichmaßen sind leistungsfähige Schulstandorte erforderlich, die wachsenden inhaltlichen und pädagogischen Ansprüchen an Schule gerecht werden können und kommunale Interessen angemessen berücksichtigen.

Den pädagogischen Prozess hemmende Bedingungen wie überfüllte Klassenräume in Ballungsgebieten, Baufälligkeit von Schulen, Überforderung und/oder Überlastung von Lehrerinnen und Lehrern sollen schrittweise aber zielstrebig überwunden werden.

Schulen brauchen eine ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag angemessene Ausstattung. Zugleich muss durch entsprechende Qualifikation des Lehrpersonals ein für den gesamten pädagogischen Prozess effektiver Einsatz gewährleistet werden.

Die **Unterrichtsversorgung** gemäß verbindlicher Stundentafeln soll weiter stabilisiert, Ausfallstunden gesenkt, insbesondere längerfristige Nichterteilung von Unterricht deutlich eingeschränkt und vermieden werden. Es ist auf einen Zustand hinarbeiten, der davon gekennzeichnet ist, dass der Unterricht in allen seinen Bestandteilen in allen Schulformen von qualifizierten Lehrkräften erteilt wird. Dazu bedarf es ausgebildeter Fachlehrerinnen und Fachlehrer und mehr und mehr Lehrerinnen und Lehrer, die ihre Fachgrenzen überwinden und neue Kompetenzen aus der Einsicht erwerben, dass wichtige Bestandteile des Unterrichts fächerübergreifenden Charakter annehmen.

Die **Versorgung mit Lernmitteln**, vor allem Schulbüchern, muss verbessert und entsprechend der Möglichkeiten der Dynamik des Bildungsprozesses angemessener gestaltet werden. Dazu müssen die Anstrengungen sowohl der öffentliche Haushalte als auch der Bildung Erwerbenden erhöht werden. Die Effizienz der eingesetzten öffentlichen und privaten Mittel zur Lernmittelausstattung soll gesteigert werden.

II. Die Sekundarschule als Schule für alle Kinder: universell, dynamisch, leistungsfähig und polytechnisch

Die Koalition von CDU und FDP hat in den Jahren seit 2002 durch drei Schulgesetznovellen wesentliche Reformansätze der Vorgängerregierung für die Sekundarschule zurück gefahren³. Das selektive Schulsystem wurde durch diese gesetzlichen Vorgaben wieder verfestigt, Durchlässigkeit zu höheren Bildungsabschlüssen ist eher die Ausnahme. Die Sekundarschule hat sich trotz vielfältiger Beteuerungen der Regierenden und großer Anstrengungen vieler Lehrerinnen und Lehrer nicht zu einer als gleichwertig akzeptierten Schulform entwickelt. Die Aufhebung der von SPD und PDS angestrebten Veränderungen und Reformansätze konnte fast ohne öffentlichen Protest erfolgen, weil die Veränderungen, weil die Entwicklung hin zu integrativen Schulsystemen von nicht wenigen, insbesondere an gymnasialer Bildung Interessierter, abgelehnt und angesichts eigener Erfahrungen aus der Vergangenheit auch in ihrem Erfolg skeptisch gesehen wurde. Diese Ablehnung wurde auch verstärkt durch zahlreiche Mängel und Schwierigkeiten, die nicht selten die ursprünglichen bildungspolitischen Ziele, die mit der Reform der Sekundarschule verbunden waren, in ihr Gegenteil verkehrten. Hinzu traten zahllose tägliche Probleme vom Unterrichtsausfall bis zur prekären Raumsituation, die Reformgeist und Aufbruchstimmung weithin zerstört haben.

So steht die Sekundarschule nach wie vor heftig in der Kritik. Darum hat die Linkspartei.PDS ein Sekundarschulkonzept entwickelt, das geeignet ist, dieser Schulform den Weg zu einer leistungsfähigen und dynamischen Schule und zu großer öffentlicher Akzeptanz zu eröffnen. Unsere Vorschläge sind solche der inhaltlichen Ausgestaltung ebenso wie der Unterrichtsorganisation, des pädagogischen Anspruches und der Bildungsperspektiven für ihre Absolventinnen und Absolventen.

Die Linkspartei.PDS fordert: Die Sekundarschule gehört ins Zentrum der bildungspolitischen Aufmerksamkeit.

Hier lernen die meisten Schülerinnen und Schüler: bezogen auf die Gesamtschülerzahl im 5. Schuljahrgang begannen im Schuljahr 2005/06 48,9% aller Schülerinnen und Schüler ihren weiteren Bildungsgang an einer der 205 Sekundarschulen. Hinsichtlich der Schulstandorte ist die Sekundarschule jene Schulform in der Sekundarstufe I mit den meisten Schulen.

Sekundarschulen prägen mithin das Schulsystem in Sachsen-Anhalt und dessen Leistungsfähigkeit. Sie dürfen nicht gegenüber Gymnasien hintenanstehen.

Die PISA-Studie hat gezeigt: Wenn Unterricht traditionell darauf aufbaut, dass er auf Schülerinnen und Schüler trifft, die ein relativ einheitliches Leistungsniveau, einheitlicher Lernstil und einheitliches Interesse an Bildung eint, bleibt ihm entgegen aller Erwartungen insgesamt der Erfolg versagt. Diese Grundannahme des gegliederten Schulsystems besteht in der Praxis nicht. **Schulsysteme, die sich von vornherein auf sehr heterogene Schulklassen ein-**

³ Vgl. Teil I, Punkt 1.

stellen, erweisen sich als überlegen. Daraus sind Schlussfolgerungen zu ziehen. Welche Schule wäre hier geeigneter, Impulse zu geben und Neuland zu beschreiten, als Sekundarschulen.

Die Linkspartei.PDS fordert nach wie vor inhaltliche Reformen an den Sekundarschulen in Sachsen-Anhalt. Gleiche Bildungsangebote für alle Schülerinnen und Schüler, 10 Jahre Vollzeitschulpflicht, direkte Übergangsmöglichkeiten in der Regel nach Klasse 9 zu Abiturausbildungsgängen müssen geschaffen werden. Die Aufhebung der Schritte hin zu einem längeren gemeinsamen Lernen, und des Beginns der Umgestaltung der Sekundarschule hin zu integrativen Bildungsformen war ein folgenreicher Schritt in die falsche Richtung. Höhere Bildungsbeteiligung erfordert auch eine höhere Zahl von Realschulabschlüssen. Das lässt sich so nicht erreichen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die nur mit einem Hauptschulabschluss oder gar ohne Abschluss die Schule verlassen kann so nicht verringert werden. Die Zukunftsperspektiven gerade dieser jungen Menschen werden aber immer geringer.

Die PDS hat schon 2002 ein klares Programm für die weitere Entwicklung der Sekundarschulen der Öffentlichkeit vorgestellt. An diesem haben wir weiter gearbeitet und es in Form von Anträgen und Gesetzesinitiativen in die parlamentarische Arbeit eingebracht. Nur wenige Ansätze sind davon aufgenommen worden. Die Ausweitung des Produktiven Lernens und die Möglichkeit zu einem Praxistag im Rahmen des Unterrichtsfaches Arbeit/Wirtschaft/Technik sind nur erste Schritte. Unsere Vorschläge gehen erheblich weiter:

Die Linkspartei.PDS schlägt vor :

► **Die Sekundarschule muss eine Schule für alle Kinder werden.** Das muss ihr Profil bewusst prägen, aus dem gemeinsamen Unterricht müssen neue Impulse für Schulqualität produktiv gemacht, soziales Lernen muss als wichtige Profillinie ausgeprägt werden. Hier sollte sich Sekundarschule auch selbstbewusst vom Gymnasium unterscheiden und eben nicht im Sinne der zweiten Wahl.

Dazu ist ein Wandel in der pädagogischen Grundauffassung von der äußeren zur inneren Differenzierung von entscheidender Bedeutung. Damit Sekundarschule dieser Herausforderung wirklich gerecht werden kann, tritt die Linkspartei.PDS länderübergreifend dafür ein, die Erfordernisse zur Fach-Leistungs-Differenzierung aufzuheben. Die Einführung der abschlussbezogenen nationalen Bildungsstandards ist eine gute Grundlage, diesen Schritt auch politisch gegenüber der Kultusministerkonferenz durchzusetzen. Solange dies aber nicht erfolgt ist, müssen wichtige Reformschritte auch ohne diese Änderung gegangen werden.

► **Die Sekundarschule soll eine dynamische und flexible Schule sein,** die den sich abzeichnenden tiefgreifenden Wandlungen im Verständnis von Allgemeinbildung, in Bildungsinhalten und Bildungskultur, Bildungsstil und sich grundsätzlich wandelnden Lernprozessen offen begegnet und sich als fähig erweist, sie aufzunehmen und mit zu gestalten. Hier entscheidet sich ihre Zukunftsfähigkeit. Dazu müssen die inhaltlichen Gestaltungsspielräume der Einzelschule deutlich erhöht werden.

An der Sekundarschule muss eine Debatte über die Gestaltung der Curricula begonnen werden. Der Anwendungsbezug des Wissens muss bereits in ihnen stärker angelegt sein. Mit den Rahmenrichtlinien muss so umgegangen werden, dass für die Schulen mehr Freiräume für pädagogische Innovation erschlossen werden können. Der Frontalunterricht gehört aufgebrochen.

Die Leistungsbewertung muss gründlich auf den Prüfstand. Leistungsbewertung muss Schülererfahrung einbeziehen, den gesamten Erkenntnis- und Arbeitsprozess sowie wesentliche Teile seines Umfeldes erfassen, auf neue Bildungsinhalte bezogen sein, künftiger Schülerentwicklung Richtung geben und sie stimulieren.

- ▶ **Die Sekundarschule muss eine polytechnische Schule sein.** Gerade die weitere Entwicklung der Sekundarschule muss im engen Zusammenwirken mit der Berufsausbildung und vor allem mit der Wirtschaft profiliert werden. Der Unterricht und die weiteren pädagogischen Angebote sollten einen verstärkten polytechnischen Charakter erhalten. Der Berufsbezug und der Bezug zum wirtschaftlichen und sozialen Leben muss im gesamten Bildungsprozess gestärkt werden.

Die Linkspartei.PDS schlägt vor, an den beruflich bildenden Schulen öffentlicher und freier Träger polytechnische Zentren einzurichten, die als Lernorte für den Lernbereich Wirtschaft, Technik, Hauswirtschaft sowie für fakultative Angebote zur Verfügung stehen. Dazu sollten die auf Grund der demographischen Entwicklung künftig frei werdenden Kapazitäten der beruflich bildenden Schulen genutzt werden. Innerhalb des Unterrichtsfaches Arbeit/Wirtschaft/Technik sollten neue Möglichkeiten der Kooperation mit Betrieben der näheren Umgebung, wie zum Beispiel der Praxistag, ermöglicht und erprobt werden.

Zunehmend sollten in den Schuljahrgängen 8, 9 und 10 Formen des Produktiven Lernens, einer engen inhaltlichen Verbindung von praktischer Tätigkeit und Wissenserwerb, als eigenständiges und gleichwertiges inhaltliches Profil, das frei angewählt werden kann, angeboten werden. Es soll nicht nur für Schülerinnen und Schülern zugänglich sein, die Gefahr laufen, den Hauptschulabschluss nicht zu erreichen, sondern als besondere Lernform mit einem hohen Anspruchsniveau entwickelt werden, mit dem alle Abschlüsse erreichbar sind.

Die Perspektiven einer künftigen Erwerbstätigkeit haben bei den Schülerinnen und Schülern einen hohen persönlichen Rang. Dem muss stärker Rechnung getragen werden, sowohl im Erziehungsprozess als auch in den Fragen der Berufsorientierung und Berufsberatung.

- ▶ **Die Sekundarschule soll eine universelle Schule der Sekundarstufe I sein,** die alle Bildungsabschlüsse und alle Übergänge zu weiterführender Bildung ohne Zeitverzug ermöglicht, und zwar nicht nur im Ausnahme- sondern im Regelfall. Die Linkspartei.PDS hält es für notwendig, über die bedarfsgerechte Entwicklung der Sekundarschulen zu Ganztagschulen nachzudenken.
- ▶ **Die Sekundarschule soll eine leistungsfähige Schule sein.** Ihr Ziel ist eine hohe Bildungspartizipation und hohe Bildungsergebnisse für alle Schülerinnen und Schüler. Im Ergebnis sollen mehr Schülerinnen und Schüler

qualifizierte mittlere Bildungsabschlüsse erwerben, deutlich weniger Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen und ein größerer Anteil der Jahrgänge weiterführende Bildungswege wie Gymnasium, Fachgymnasium, Oberstufe der Gesamtschule einschlagen, die in die Aufnahme eines Hochschulstudiums münden. Sekundarschule muss daher eine Leistungsorientierung verfolgen, ohne auszugrenzen.

- ▶ **Die Sekundarschule ist eine demokratische Schule.** Sie ist geprägt von Schuldemokratie als gemeinsames Verantworten eines wichtigen Feldes moderner Gesellschaft. Die Kollegien sollten sich mündiger Schülerschaft und mündiger Elternschaft verpflichtet fühlen. Schule und Eltern sollen stärker zusammenrücken. Die Schulen brauchen in besonderer Weise die Öffnung hin zu ihrem städtischen oder ländlichen Umfeld und sie brauchen die Hilfe und den Rat aus dem Gemeinwesen. An den Sekundarschulen muss stärker ein kommunikatives Schulklima gepflegt und entwickelt werden. Administration, Repressivmaßnahmen müssen zu Gunsten von Interventionspädagogik und Wahrnehmung sozialpädagogischer Aufgaben zurückgedrängt werden. Sekundarschule muss ihren besonderen sozialpädagogischen und erzieherischen Auftrag annehmen.
- ▶ **Die Sekundarschule soll helfen Nachteile auszugleichen.** Sie muss dazu willens, fähig und in der Lage sein. Das betrifft sowohl den Ausgleich bei Defiziten im sozialen, kulturellen oder Bildungsniveau im Umfeld der Schülerinnen und Schüler, bei der Bereitstellung moderner Lehr- und Lernmittel und Medien wie den Ausgleich von Lernschwierigkeiten und Kompetenzdefiziten, bei sozialen Notlagen bis hin zur Lebens- und Lernmotivation.

Sekundarschule braucht dazu vielgestaltige, vor allem aber günstigere Voraussetzungen.

Die Linkspartei.PDS schlägt vor, in Sekundarschulen verstärkt zu investieren: Das heißt:

- ▶ bessere Personalausstattung für stabilen professionellen Unterricht, weniger Unterrichtsausfall,
- ▶ mehr und besserer Unterricht, mehr Zeit für Schülerinnen und Schüler
- ▶ mehr Spielraum für pädagogische Arbeit,
- ▶ wirkungsvollere Beratungs- und Unterstützungssysteme für die Lehrkräfte,
- ▶ gesicherte Perspektiven für die Sekundarschulen,
- ▶ schrittweise Verbesserung ihrer Ausstattung.

Sekundarschule muss sich als reformfähig erweisen können.

Folgende Schritte halten wir für erforderlich:

- ▶ Die Unterrichtsversorgung stabilisieren, Unterrichtsausfall wirksamer bekämpfen und fachgerechten Unterricht besser gewährleisten!
- ▶ Die Stundentafel bis Klasse 9 schrittweise aufstocken um einen unmittelbaren Übergang in den 10. Schuljahrgang des Gymnasiums zu ermöglichen und die Sekundarschule insgesamt zu einem zum Gymnasium gleichwertigen Bildungsgang zu entwickeln.

- ▶ Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein, dass die Lehrerinnen und Lehrer ihre Hauptaufmerksamkeit auf den Unterricht konzentrieren können. Sie fordert darüber hinaus einen angemessenen Zeitfonds für weitere pädagogische Arbeit, um den Bildungsprozess bei allen Schülerinnen und Schülern erfolgreicher zu gestalten. Wir schlagen vor, ähnlich wie es bereits an den Grundschulen praktiziert wird, weitere pädagogische Fachkräfte zur Begleitung im Unterricht und zur individuellen Förderung einzusetzen.
- ▶ Aufhebung des nach Hauptschulabschluss und Realschulabschluss gegliederten Unterrichts und die Beförderung integrativer Lerngruppen, um mehr Schülerinnen und Schülern qualifizierte Schulabschlüsse zu ermöglichen. Solange die Kultusministerkonferenz Unterricht auf unterschiedlichen Leistungsniveaus fordert, soll dieser gezielt zur Behebung von Lerndefiziten genutzt werden, damit die betroffenen Schülerinnen und Schüler die Chance erhalten, mindestens den Realschulabschluss zu erwerben. Soviel Unterricht wie möglich soll in der Klassengemeinschaft erteilt werden.
- ▶ Engere inhaltlich-pädagogische Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften an Grundschulen, Sekundarschulen und Gymnasien bzw. Gesamtschulen!
- ▶ Für die Sicherung und Kontrolle der Qualität des Unterrichts müssen geeignete Schritte in den Schulen gegangen werden. Externe und schulinterne Evaluation und der Erfahrungsaustausch zwischen den Schulen soll gefördert werden. Die zentralen Klassenarbeiten in Klasse 6 sollen abgeschafft werden. Attraktive und an neuesten Erkenntnissen orientierte Fortbildung soll für alle Pädagoginnen und Pädagogen zur Verfügung stehen.
- ▶ Sekundarschulen sollen sich stabil entwickeln können. Dazu ist es erforderlich, den Bestand an Sekundarschulen nach der derzeitigen mittelfristigen Schulentwicklungsplanung längerfristig zu garantieren.

Das ist möglich, wenn ein Teil des durch den Schülerrückgang überschüssigen Arbeitsvermögens von Lehrerinnen und Lehrern hierfür sinnvoll eingesetzt wird. Die Linkspartei.PDS hat hierfür ihre Vorstellungen von der Bildungsquote entwickelt.

III. Polytechnische Bildung als Reformansatz für Allgemeinbildung

- Eine Skizze -

1. Ursprünge der polytechnischen Bildung

1.1. Grundlagen in der Entwicklung der Produktionsweise

Die Verbindung zwischen Arbeit und Unterricht für Kinder und Jugendliche ist mit der fortschreitenden Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion von vornehmlich handwerklicher Produktion hin zur industriellen Produktion seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf die Tagesordnung gehoben worden. Mit den Industrieschulen und der später Arbeitsschulbewegung sind wesentliche Grundlagen für die Praxis der polytechnischen Bildung gelegt worden. Dabei entwickelte sich die Auffassung von der Sinnhaftigkeit der Verbindung von Unterricht und produktiver Arbeit vor allem unter dem Gesichtspunkt der Erziehung von Kindern aus den unteren Schichten des Volkes. Einer der ersten Verfechter dieses Ansatzes war Robert Owen, der in seiner Wollfabrik in New Lanark zu Beginn des 19. Jahrhunderts für die in der Fabrik arbeitenden Kinder eine solche Schule einrichtete. Dieses Beispiel war offensichtlich auch maßgebend für die Entwicklung des polytechnischen Ansatzes in den Bildungsvorstellungen bei Marx und Engels.

Die Zielsetzung von Industrieschulen und Arbeitsschulen war jedoch stets ambivalent: Sahen die einen darin eine nützliche Weise der Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte für die heranwachsende industrielle Produktion und gleichzeitig ihre Disziplinierung und Einpassung in die vorgegebenen Gesellschaftsstrukturen, betonten andere stärker den emanzipatorischen Aspekt produktiver Arbeit als immanenten Bestandteil der allgemeinen Menschenbildung. Bei Owen mag beides eine Rolle gespielt haben.

1.2. Herleitung aus reformpädagogischen Ansätzen in Abgrenzung von der „Buchschole“

Die Vorstellungen von der Verbindung von produktiver Arbeit und Unterricht in dafür geeigneten Schulen konnten auf verschiedenen Vorarbeiten humanistischer Bildung und reformpädagogischen Ansätzen aufbauen.

So gehen in diese Vorstellungen sowohl die Ideen der humanistischen bürgerlichen Bildungstheorien von Humboldt, Pestalozzi und Fröbel auf – wenngleich Humboldt und Pestalozzi namentlich die Idee der Industrieschulen wegen ihrer Ausrichtung allein an den Bedürfnissen der Industrie und der Beförderung von Kinderarbeit kritisierten. Dieser Kritik muss im Grunde auch unter aktuellen Gesichtspunkten nachgegangen werden.

Zum Zweiten basiert die Idee der Verbindung von Produktion und Arbeit auf der Orientierung einer Pädagogik vom Kinde aus – ein Anknüpfungspunkt, der übrigens im polytechnischen Ansatz der DDR-Schule durchaus zurückgewiesen bzw. gering geschätzt wurde – was noch zu zeigen sein wird.

Schließlich ist die Entwicklung polytechnischer Bildung – in deutlicher Abgrenzung von der bis dahin vorherrschenden so genannten Buchschole – eng ver-

bunden mit den Auffassungen einer an der gesellschaftlichen und an der Lebenspraxis der Kindes orientierten Bildung, die von der Anschauung und der praktischen Erfahrung des Kindes ausgeht, wie sie seit Comenius von vielen Pädagogen weiterentwickelt wurde. In diese Reihe gehört auch das auf praktische Anschauung orientierte und mit praktischer Arbeit verbundene Schulkonzept von A.H. Francke im 18. Jahrhundert in Halle, von dem schließlich die Entwicklung der Realschule wesentlich angeregt wurde. Nicht zuletzt John Dewey und William H. Kilpatrick mit der Entwicklung der Projektmethode und Georg Kerschensteiner mit der Beförderung der Arbeitsschulbewegung, Paul Oestreich mit seiner Idee der „elastischen Einheitsschule“ u.a. haben Anfang des 20. Jahrhunderts wesentliche Grundlagen für die polytechnische Bildung geschaffen.

1.3. Polytechnische Bildung im Bildungsverständnis der sozialistischen Bewegung

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelten sich innerhalb der sozialistischen Bewegung jene emanzipatorischen Ansätze, die in der polytechnischen Bildung einen Beitrag zur „vollseitigen Entwicklung der Persönlichkeit“⁴ des Kindes sahen. Marx und Enges betrachteten im Unterschied zu Pädagogen wie Pestalozzi und Humboldt „die Tendenz der modernen Industrie, Kinder und Jugendliche beiderlei Geschlechts zur Mitwirkung an dem großen Werk der gesellschaftlichen Produktion heranzuziehen, als eine fortschrittliche gesunde und berechtigte Tendenz“, obgleich sie die Praxis der kapitalistischen Ausbeutung von Kindern kritisierten.⁵ In diesem Sinne setzte sich Marx später auch mit der oberflächlichen Formulierung zur Kinderarbeit im Gothaer Programm (1875) der Sozialdemokratie auseinander. In den Hinweisen an die Delegierten des ersten Kongresses der internationalen Arbeiterassoziation formulierten sie zur Bildung: „Unter Erziehung verstehen wir drei Dinge: Erstens: Geistige Erziehung Zweitens: Körperliche Erziehung, wie sie an den gymnastischen Schulen und durch militärische Übungen gegeben wird. Drittens: Polytechnische Ausbildung, die die allgemeinen Prinzipien aller Produktionsprozesse vermittelt und gleichzeitig das Kind und die junge Person einweiht in den praktischen Gebrauch und die Handhabung der elementaren Instrumente aller Arbeitszweige.“⁶ Sie verstanden die „Verbindung von bezahlter produktiver Arbeit, geistiger Erziehung und körperlicher Übung und polytechnischer Ausbildung“ als einen Weg um „die Arbeiterklasse weit über das Niveau der Aristokratie und Bourgeoisie erheben.“⁷ Der Kongress nahm die „Instruktionen“ dann zum überwiegenden Teil als Resolution an. Damit wurden auch die Vorstellungen von polytechnischer Bildung zum Bestandteil der Ideen der sozia-

⁴ Karl Marx. Das Kapital

⁵ Karl Marx. Instruktion für die Delegierten des Provisorischen Zentralrates zu den einzelnen Fragen. August 1866. In: AW, Bd. III S. 145.

⁶ Karl Marx. Instruktion für die Delegierten des Provisorischen Zentralrates zu den einzelnen Fragen. August 1866. In: AW, Bd. III S. 145ff.

⁷ Ebenda.

listischen Bewegung. Polytechnische Bildung wurde in der sozialistischen Bewegung fortan verstanden als notwendiger Teil der allgemeinen Menschenbildung, der Allgemeinbildung.

Die Ideen der polytechnischen Bildung als Bestandteil von Allgemeinbildung für die Schule im Sozialismus wurden von Nadeschda Krupskaja in ihren Thesen „Über polytechnische Bildung“ auf der ersten Tagung des Staatlichen Gelehrtenrates, Mai 1929, neu formuliert. Diese Auffassung dürfte auch für die Schule der DDR prägend gewesen sein, obgleich sie in der Sowjetpädagogik wenig adäquaten Niederschlag fand.

1.4. Polytechnische Bildung in der DDR

Die DDR-Schule war die „polytechnische Bildung und Erziehung ... Grundzug und Bestandteil des Unterrichts und der Erziehung in allen Schuljahren. Entsprechend dem Alter der Kinder ist der Unterricht mit gesellschaftlich-nützlicher Tätigkeit bzw. mit produktiver Arbeit zu verbinden. Im Mittelpunkt des polytechnischen Unterrichts steht in den unteren Klassen der Werkunterricht und von der Klasse 7 ab der Unterricht in der sozialistischen Produktion.“⁸

Obwohl nach 1945 Ideen der Arbeitsschulbewegung und mit ihr verbundener reformpädagogischer Auffassungen durchaus weit verbreitet waren und in die bildungspolitische Selbstfindung im Osten Deutschlands Eingang fanden, wurden sie schon Anfang der 50er Jahre mit der Erarbeitung allgemein verbindlicher Lehrpläne im Rahmen der Revisionismusdebatte zurückgedrängt. Insbesondere die Arbeitsschulidee wurde verworfen und dem reformpädagogischen Ansatz einer „Erziehung vom Kinde aus“ eine Abfuhr erteilt, weil „sie nicht die Anforderungen der Gesellschaft zum Bezugssystem pädagogischen Denkens und Handelns“ wählen würde, sondern „in lebensfremder und utopischer Denkweise – die Bedürfnisse und Interessen der Kinder.“⁹ So fand die polytechnische Bildung zwar als Floskel im Schulgesetz der DDR Erwähnung, aber die erste Konzeption für einen polytechnischen Unterricht aus den frühen 50er Jahren wurde von der SED-Führung zunächst abgelehnt. Eine polytechnische Konferenz fand 1953 zwar statt, aber der polytechnische Unterricht wurde erst Jahre später – und dann ziemlich übers Knie gebrochen – eingeführt¹⁰.

Mit der Notwendigkeit, die Gesellschaftsentwicklung auf der Grundlage einer wachsenden Produktivität wirtschaftlich nachhaltig voranzubringen, wuchs jedoch auch die Notwendigkeit eines gut ausgebildeten Facharbeiternachwuchses sowie der Heranbildung von wissenschaftlichen und technischen Fachkräften. Darum wurde mit Beginn des Schuljahres 1958/59 der Schule die Aufgabe gestellt, bereits Schülerinnen und Schüler in die Grundlagen der Produktion einzuweisen. Dies wurde 1959 im Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens verankert, ganz in dem Sinne, wie es Marx und

⁸ Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem vom 25. Februar 1965, § 4. In.: GBL. I. S. 83

⁹ Peter Borneleit, Leipzig, Lehrplan und Lehrplanerarbeitung, Schulbuchentwicklung und -verwendung in der DDR, ZDM 2003

¹⁰ Gerhard Neuner, Zwischen Wissenschaft und Politik. Böhlau Verlag 1996, S. 143 ff.

Engels und Krupskaja entwickelt hatten. Der Unterrichtstag in der Produktion wurde eingeführt. Alle genaueren Bestimmungen dieser Fächergruppe und ihre Vernetzung mit den anderen Schulfächern wurden erst danach entwickelt. Dass dabei in der Gesetzesformulierung die Ideen der Reformpädagogen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, insbesondere die Idee der Produktionsschule und die Arbeitsschulidee wieder Eingang in das DDR-Bildungswesen fanden, blieb öffentlich unbemerkt, zumindest jedoch unreflektiert. Der polytechnische Unterricht der DDR-Schule hat sich über die Jahre zu einem durchaus auch international anerkannten Erfolgsmodell für zeitgemäße Erziehung und Bildung entwickelt.

2. Veränderungen in der Schulpolitik nach 1989

2.1 Eliminierung des polytechnischen Unterrichts aus den Stundentafeln in Sachsen-Anhalt

Mit der Wende in der Schulpolitik im Zuge der deutschen Vereinigung wurden Erfahrungen der Polytechnik aus den Schulen der DDR ignoriert und negiert. Die Fächer ESP und PA (Einführung in die sozialistische Produktion und Produktive Arbeit) waren in der Stundentafel der neuen Schule nicht mehr vorgesehen. Es wurde als zu sehr an der sozialistischen Planwirtschaft orientiert auch ideologisch verworfen. Für die für dieses Fach speziell ausgebildeten Lehrkräfte gab es in solchem Maße keine Verwendung mehr. Die Fächer Wirtschaft und Technik bzw. Hauswirtschaft folgen anderen Prämissen und lassen insbesondere den engen Praxisbezug des polytechnischen Unterrichtes vermissen. Zudem wurde der Stundenumfang von 19 Jahreswochenstunden von Klasse 7 bis 10 der DDR-Schule für die Fächer ESP, PA und Technisches Zeichnen auf nur noch 10 Stunden für die Fächer Hauswirtschaft, Wirtschaft, Technik an der Sekundarschule reduziert. Am Gymnasium dagegen wird dieses Fach nur noch von Klasse 9 bis 12/13 als Wahlpflichtangebot vorgehalten.

Bereits 1996 beklagten jedoch die Wirtschaftsverbände und insbesondere der Verein Deutscher Ingenieure, dass „mit der Auflösung zahlreicher ehemaliger polytechnischer Zentren ... hier allerdings bereits die Tendenz des Abbaus der materiellen und personellen Grundlage des Technikunterrichtes zu beobachten“ war.¹¹ Seit der Mitte der 90er Jahre finden sich in der wissenschaftlichen Literatur verstärkt Auseinandersetzungen mit dem polytechnischen Unterricht der DDR-Schule, ohne dass diese jedoch merklich zur Neuorientierung in der Schulpraxis geführt hätten. Lediglich in einigen Maßnahmen des Nachteilsausgleiches bei drohendem Schulversagen, etwa in den so genannten Praxisklassen oder mit dem Modellversuch Produktives Lernen in 21 Schulen Sachsen-Anhalts werden Schritte in diese Richtung gegangen. Inzwischen versuchen einzelne Schulen ihre noch vorhandenen Erfahrungen des polytechnischen

¹¹ Technikunterricht für alle allgemeinbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt. Ein Beitrag zu einer zeitgemäßen und zukunftsorientierten Bildung. Memorandum. April 1996. Internetpräsentation des VDI

Unterrichts bei der Gestaltung der Fächergruppe Wirtschaft/Technik für Hauptschulklassen zu aktivieren, aber ihnen fehlen die notwendigen Begleitungen und fachwissenschaftlichen Fundierungen.

2.2 Konstatieren von Defiziten in der Berufsorientierung und Notwendigkeit von Neujustierung dieses Bildungsbereiches

Inzwischen häufen sich die Klagen an mangelhafter Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen, an fehlendem Wissen und auch Verständnis über Vorgänge und Erfordernisse der Wirtschaft und von technologischen Zusammenhängen, Klagen über fehlende Anwendbarkeit des erworbenen Wissens in berufspraktischen Aufgabenstellungen, über mangelhaftes Grundwissen überhaupt und über mangelnde Sozialkompetenz und Teamfähigkeit, wie sie im Berufsleben erwartet werden. Dies alles scheint die allgemeinbildende Schule, wie sie heute konzipiert ist, nicht leisten zu können. Die Fächer Wirtschaft und Technik orientieren zwar genau auf solche Zusammenhänge, aber sie sind in zu geringem Maße mit gesellschaftlicher Lebenswirklichkeit verbunden, bauen eher auf den persönlichen Erfahrungshorizont der Schülerinnen und Schüler. Diese aber haben angesichts häufiger Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit und der sozialen Not der eigenen Eltern diesen Erfahrungshorizont gar nicht mehr oder haben ihn aus einer negativ besetzten Perspektive. So können notwendige Motivationen für eine optimale Berufsvorbereitung überhaupt nicht entstehen. Spätestens ab Klasse 7 wird den Jugendlichen immer bewusster, dass auch ihre Chancen am Arbeitsmarkt alles andere als rosig sind, was die Lernmotivation insgesamt nicht befördert und in Bezug auf die Fächergruppe vollständig vernichtet.

Ungeachtet der in den letzten Jahren sich ständig verschlechternden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bleibt es eine notwendige Aufgabe, die Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen zu einem kritischen Denken in gesellschaftlichen Zusammenhängen, zur Fähigkeit, ihr erworbenes Wissen in praktisch sinnvoller Tätigkeit für das eigene Leben anwenden zu können, stärker und nachhaltiger auszuprägen, damit sie in die Lage versetzt werden, ihr eigenes Leben selbstbewusst und aktiv zu gestalten. Kenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge, auch globaler Natur, über Fragen technologischer Entwicklungen der modernen Produktion, eingeschlossen ihre kenntnisgestützte kritische Wertung, sowie über gesellschaftliche Verantwortung und die Verantwortung des einzelnen in ihr sind gerade in einer sich ständig und rasant verändernden Welt eine wichtige Bildungsaufgabe.

„Die Technik stellt einen zentralen Bereich der gesellschaftlichen Praxis dar, der für die Lebensbedingungen und Lebensperspektiven der Menschen in privaten, öffentlichen und beruflichen Lebenssituationen unabdingbar ist. Technik kann somit im Rahmen der Allgemeinbildung nicht ausgeklammert oder vernachlässigt werden.“¹² Dies gilt umso mehr als mit dem Übergang zu einer wissensbasierten Produktion Fragen der technischen und technologischen Entwicklung, ihrer Wirkung auf die wirtschaftlichen Beziehungen in Staat und

¹² GEW Thüringen, Internetpräsenz

Gesellschaft und auf die Stellung des Menschen einen immer höheren Stellenwert für die Möglichkeit ein selbstbestimmtes Leben zu gestalten, erlangen. Kenntnisse und Fähigkeiten diesbezüglich sowie ein ausgeprägtes Orientierungs- und Urteilsvermögen bestimmen wesentlich mit, ob junge Menschen in dieser modernen Gesellschaft sowohl gestaltend Einfluss nehmen als auch Verantwortung tragen und selbstbewusst agieren können. In diesem Sinne ist polytechnische Bildung für alle Kinder und Jugendlichen ein notwendiger Bestandteil von allgemein bildender Schule dessen Bedeutung weiter wächst und der doch nach wie vor in der Schulpolitik und im Schulalltag unterbelichtet ist.

3. Vorschläge für eine neue polytechnische Bildung

3.1. Vorschläge zur inhaltlichen Ausgestaltung polytechnischer Bildung in der allgemein bildenden Schule

Die Linkspartei.PDS hat auf diese Defizite reagiert und in ihr 2002 vorgestelltes Sekundarschulprogramm die Entwicklung der Sekundarschule als eine polytechnische Schule als Zielstellung aufgenommen.

Die Sekundarschulen sollen einen verstärkten polytechnischen Charakter erhalten.

Der Berufsbezug und der Bezug zum wirtschaftlichen und sozialen Leben ist im gesamten Bildungsprozess zu stärken. Gerade die weitere Entwicklung der Sekundarschule soll darum im engen Zusammenwirken mit der Berufsausbildung und vor allem mit der Wirtschaft profiliert werden.

Allerdings muss gesagt werden, dass der Anspruch an die Aufnahme polytechnischer Bildungsinhalte sich nicht auf die Sekundarschule beschränken darf. Grundsätzlich und gerade angesichts aktueller Lebensbiografien sind Kenntnisse und Verständnis über wirtschaftliche Zusammenhänge und Wirkmechanismen sowie die Erfahrungen praktischen Arbeitens keineswegs nur für die angeblich eher praktisch orientierten Sekundarschüler wichtig, sondern ebenso für Absolventinnen und Absolventen der Gymnasien. Eine Aufnahme polytechnischer Elemente in den Pflichtunterricht an den Gymnasien, nicht erst ab Klasse 9, erscheint uns darum geboten. Zudem findet man in kaum einem Unterrichtsfach der Schule in Sachsen-Anhalt ein so differenziertes Herangehen an die Bildungsinhalte wie in dieser Fächergruppe. Nicht nur die Verbanung der Fächer an den Gymnasien in den Wahlpflichtbereich, sondern auch die inhaltlichen Zielsetzungen der Rahmenrichtlinien zeugen davon, dass diese Fächergruppe absichtsvoll schon die angestrebte unterschiedliche soziale Stellung der Schülerinnen und Schüler in ihrem späteren Berufsleben im Auge hat, also ein anachronistisches Einpassen in eine vorgegebene soziale Gesellschaftsstruktur und Gesellschaftshierarchie anstrebt, mindestens aber befördert und begleitet.

An dieser Stelle sei auf die Kritiken von Humboldt und Pestalozzi verwiesen, die Industrieschulen seien einseitig auf die Verwertbarkeit des Erlernten in der Industrie ausgerichtet und dienen damit weniger der allgemeinen Menschenbildung. Mit diesem gesellschaftskritischen Ansatz muss man sich auch heute

auseinandersetzen, wenn man die Entwicklung der Fächergruppe Wirtschaft/Technik an den heutigen Schulen beurteilt und wenn polytechnische Bildung als Bestandteil von allgemeiner Schulbildung wiederentdeckt werden soll.

Es kann dabei eben keinesfalls um vorgezogene berufliche Bildung gehen. Das bleibt ureigene Aufgabe beruflicher Schulen. Es kann auch nicht darum gehen, Jugendliche auf ihre vermeintlich wahrscheinliche soziale Stellung absichtsvoll vorzubereiten, wie es die Industrieschulen durchaus taten. Aber es kann um einen wirklich emanzipatorischen, persönlichkeitsbildenden Ansatz gehen, der dazu beiträgt, Schule zu einer am wirklichen Leben orientierten Einrichtung zur Bildung von Kindern zu machen, die den Zusammenhang zwischen Schule und Leben nicht nur predigt, sondern vorlebt, die umfangreiche Einsichten in die Zusammenhänge von Gesellschaft vermittelt und für alle Schülerinnen und Schüler praktisch erfahrbar macht, die Orientierung bietet für die Gestaltung des eigenen Lebens und des eigenen beruflichen Werdeganges und somit berufliche Orientierung ebenso erfolgreich möglich macht wie sie Motivation zum selbstständigen und selbstwirksamen Lernen wieder weckt.

Selbstredend ist dieser Anspruch nicht nur durch diese eine Fächergruppe zu erfüllen, aber mit ihrer Neuprofilierung wäre eine wichtige Voraussetzung gegeben für eine erfolgreiche inhaltliche Reform von Schule und Bildung.

3.2. Ziele polytechnischer Bildung in einer modernen Schule

Polytechnischer Unterricht soll zum ersten dazu beitragen, dass das an Schule zu Lernende eng an die konkrete Erfahrungswelt der Kinder und Jugendlichen anlehnt. Lernen durch konkrete Anschauung und praktische Erfahrung und an eben diesen Gegenständen ist ein Vorzug polytechnischer Bildung. Diese Erfahrungen werden derzeit vor allem von Jugendlichen gemacht, die an der herkömmlichen Schule gescheitert sind und nun durch die Möglichkeit Produktiven Lernens wieder Freude am Lernen und Lernerfolge erfahren können. Die Erfahrungen aus der besonderen Unterrichtsform des Produktiven Lernens können durchaus bei der Neugestaltung des polytechnischen Unterrichts aufgenommen und modifiziert umgesetzt werden.

Polytechnischer Unterricht soll Einblicke in grundlegende gesellschaftliche Entwicklungsprozesse ermöglichen und Kenntnisse und Erfahrungen über das Zusammenwirken gesellschaftlicher Akteure und die Rolle des Einzelnen darin vermitteln. Sie soll aber auch über moderne Produktionsprozesse und ökonomische Zusammenhänge informieren. Sie soll die Fähigkeit stärken solche Prozesse kritisch zu begleiten und zu bestimmen.

Polytechnischer Unterricht soll helfen, die eigenen Interessen für eine berufliche Laufbahn zu erkunden und exemplarisch Erfahrungen zu sammeln, sich zu erproben, sich zu orientieren und die eigenen beruflichen Vorstellungen zu festigen. In diesem Sinne ist polytechnische Bildung im besten Sinne eine berufsorientierende.

3.3. Dazu haben wir folgende Vorschläge

- ▶ Polytechnischer Unterricht soll sich zusammensetzen aus den Lernbereichen Wirtschaft, Technik und praktische Arbeit. Er soll an Sekundarschulen, Gymnasien, Gesamtschulen und Förderschulen „Lernen“ von der 7. bis zur 9. bzw. 10. Klasse und am Gymnasium in den Klassen 10 und 11 der gymnasialen Oberstufe angeboten werden. Der Lernbereich Hauswirtschaft soll im Rahmen des Wahlpflichtbereiches angeboten werden.
- ▶ An den beruflich bildenden Schulen öffentlicher und freier Träger sollen polytechnische Zentren eingerichtet werden, die als Lernorte für die Lernbereiche Wirtschaft, Technik, sowie für fakultative Angebote zur Verfügung stehen. Dadurch kann der Unterricht in dieser Fächergruppe deutlich qualifiziert werden. Die Voraussetzungen dafür ergeben sich sukzessive mit den zurückgehenden Schülerzahlen auch an berufsbildenden Schulen. Damit könnten die materiellen und personellen Ressourcen der in den letzten Jahren vielerorts mit viel Aufwand sanierten Schulen eine neue, zusätzliche Aufgabe erhalten, und die vorhandenen Kapazitäten besser und auf Dauer sinnvoll genutzt werden. Es wäre auch möglich für Angebote zur Gestaltung der Fächer Wirtschaft und Technik auf der Grundlage von Kooperationsvereinbarungen Einrichtungen der überbetrieblichen Ausbildung, zum Beispiel im Bereich des Handwerks, zu nutzen.
- ▶ Zunehmend sollten in den Schuljahrgängen 8, 9 und 10 Formen des Produktiven Lernens, einer engen inhaltlichen Verbindung von praktischer wirtschaftlicher Tätigkeit und Wissenserwerb, angeboten werden. Mit Hilfe konkreter Aufgabenstellungen werden die Jugendlichen zur selbständigen Arbeit und Arbeitsplanung angehalten. Ziel ist es, Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen über einen längeren Zeitraum hinweg in Form eines Projektes, einen praxisbezogenen Lerngegenstand selbständig oder in einer kleinen Gruppe zu erarbeiten und zu dokumentieren. Dafür müssen Betriebe und Unternehmen des Umfeldes erkundet und mit ihnen Kontakte geknüpft werden. Die Schülerinnen und Schüler müssen selbst die Betriebe und Unternehmen für ihr Anliegen aufschließen.
- ▶ Der Anteil der Praktikumstage oder Praktikumszeiten sollte deutlich ausgeweitet werden. Im Rahmen der Fächergruppe Wirtschaft/Technik/produktive Arbeit könnten feste Tage vorgesehen werden, in denen die Jugendlichen in Betrieben und Einrichtungen des näheren Umfeldes allein oder in Gruppen praktisch arbeiten. Die Erfahrungen dieser Praxistage sollen in die Gestaltung des Unterrichts einfließen
- ▶ Es versteht sich für uns von selbst, dass ein so gestalteter Unterricht kein Privileg der Sekundarschule bleiben kann. Möglichkeiten dafür müssen auch an den Gymnasien geschaffen werden. Darüber hinaus sollte in der gymnasialen Oberstufe, etwa den Klassen 10 und 11, über einen längeren Zeitraum – in mehreren Blöcken oder an regelmäßigen Tagen der Woche – in geeigneten Betrieben und Unternehmen Aufgaben mit einem höheren wissenschaftlichen Anspruch gelöst werden. Die Ergebnisse dieser Tätigkeit können als besondere Lernleistung Berücksichtigung finden.
- ▶ Die Orientierung an einer polytechnischen Bildung erfordert, dass auch in

anderen Fachbereichen an die Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem polytechnischen Unterricht angeknüpft wird. Dafür ist ein enges Zusammenwirken des Schulkollegiums ebenso erforderlich wie eine Überprüfung aller Rahmenrichtlinien auf entsprechende Anknüpfungspunkte. Es wird sich als sinnvoll erweisen, dass Lehrerinnen und Lehrer, die in der jeweiligen Klassenstufe unterrichten, in Abstimmung mit den eigenen Fachlehrplänen und gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern der Klasse und den anderen in der Klasse unterrichtenden Kolleginnen und Kollegen praktische Aufgabenstellungen formulieren und sie mit den Lerngegenständen des jeweiligen Faches verknüpfen. Die besonderen und unterschiedlichen Erfahrungen und Arbeitsergebnisse der einzelnen Schülerinnen und Schüler können dann im jeweiligen Fach vorgestellt und erläutert werden. Das dient auch der Anwendungsbezogenheit des einzelnen Unterrichtsfaches.

- ▶ Die Perspektiven einer künftigen Erwerbstätigkeit haben bei den Schülerinnen und Schülern einen hohen persönlichen Rang. Dem muss stärker Rechnung getragen werden, sowohl im Erziehungsprozess als auch in den Fragen der Berufsorientierung und Berufsberatung. So sollen in die Berufsberatungen Erfahrungen von den jeweiligen Praxisplätzen und Praktikumsplätzen einbezogen werden.

4. Schluss

Die Vorschläge für eine Implementierung einer neuen polytechnischen Bildung werden nur schrittweise und nach Maßgabe der im konkreten Schulumfeld zur Verfügung stehenden Möglichkeiten umgesetzt werden können. Jedoch nicht zu beginnen, bedeutet weiter Zeit zu verlieren, nicht nur die Zeit der Wirtschaft und der Gesellschaft, sondern vor allem die der betroffenen Jugendlichen. Die Implementierung polytechnischer Bildung wird ebenso ein Anspruch an Schulprogrammarbeit wie an die Gestaltung der Stundentafeln sein. Sie ist jedoch keinesfalls ohne das lebhafteste Engagement von Lehrerinnen und Lehrern, Unternehmerinnen und Unternehmern zu haben. Darum sollten in den kommenden Jahren alle Ansätze in dieser Richtung befördert, ausgebaut, aufmerksam politisch und vor allem wissenschaftlich begleitet und natürlich angemessen popularisiert werden.

IV. Schulentwicklungsplanung in Sachsen-Anhalt¹³

1. Bildung hat hohe Priorität

Bildung ist von zentraler Bedeutung für die freie Entwicklung jedes Individuums, für eine demokratische und solidarische Gesellschaft wie für eine gedeihliche soziale, ökonomische und technologische Entwicklung des Landes in ökologischer Verantwortung. Bildung und Wissenschaft, Kultur und Forschung zählen zu seinen wichtigsten Ressourcen. Deshalb muss Bildung allen zugänglich sein. Allgemeine Schulbildung und berufliche Erstausbildung haben im gesamten Bildungsprozess eine Schlüsselfunktion.

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt tritt dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen in Stadt und Land gleichwertige Chancen haben, gute Schulen zu besuchen, dass allen die Möglichkeit gegeben ist, jeden angestrebten Abschluss einer allgemein bildenden oder berufsbildenden Schule zu erlangen. Dazu bedarf es auch eines in der Fläche ausgewogenen Netzes leistungsfähiger Schulen. Die Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt sieht in der Gestaltung der Schulnetze eine wichtige Frage sozialer Chancengleichheit und individueller Lebensperspektiven, der kulturellen Identität von Dörfern, Städten und Stadtteilen, sie sieht Schulen als Orte des Lernens und Lebens sowie als wichtige Kristallisationspunkte regionaler Entwicklung.

Land, Landkreise, Städte und Gemeinden sorgen auf der Grundlage der Verfassung unseres Landes für ein ausreichendes und vielfältiges öffentliches Schulwesen. Sie tragen eine gemeinsame Verantwortung.

Die Ausgestaltung der Schulbildung ist im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland Angelegenheit der Länder. Gleichzeitig ist sie an die Vereinbarungen zwischen den Ländern gebunden. Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt geht bei ihren bildungspolitischen Forderungen von den derzeitigen Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz (KMK) aus. Sie sieht sich in der Pflicht, die bundesweite Anerkennung aller Schulabschlüsse, die in Sachsen-Anhalt erworben werden können, nicht zu gefährden.

Allerdings hält sie einige derzeit bestehende Übereinkünfte der KMK für restriktiv. Sie greifen nach ihrer Ansicht in die Bildungshoheit der Länder ein, indem sie strenge Regelungen zur Differenzierung und Ausgestaltung von Bildungsgängen treffen. Die Ausdifferenzierung in unterschiedliche Schulformen und Bildungsgänge war grundsätzlich, aber insbesondere angesichts der dramatisch zurückgehenden Schülerzahlen eine ungünstige Ausgangslage für die Planung von Schulstandorten und für die daraus sich ergebenden Schulwege und Erfordernisse für die Schülerbeförderung. Ein ausgewogenes und flächendeckendes Angebot an Schulstandorten im Interesse der oben stehenden Prä-

¹³ Die ursprünglichen Prämissen der PDS für ein ausgewogenes Schulnetz in Sachsen-Anhalt gingen erheblich weiter. Jedoch sind durch die stringenten Vorgaben zur Schulentwicklungsplanung seit 2002 Tatsachen geschaffen worden, die in der Regel nicht wieder rückgängig gemacht werden können. Darum haben wir unsere Forderungen und Vorschläge so verändert, dass sie aus jetziger Sicht auch realisierbar sind.

missen allgemeiner Zugänglichkeit ist so schwer zu realisieren.

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt wird auch weiterhin dafür eintreten, diese Art von Eingriffen in die in den Ländern und vor allem an den Schulen zu gestaltenden Bildungsprozesse zu überwinden. Vielmehr hält sie bundesweite einheitliche schulstufenbezogene Bildungsstandards für eine Chance, Gräben zwischen den Bildungsgängen zu überwinden, Qualitätsunterschiede in den Bildungsangeboten abzubauen.

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt verweist darauf, dass das Schulgesetz auch in seiner derzeitigen Fassung noch einige wenige Elemente einer vor 2002 begonnenen demokratischen Bildungsreform enthält, die bewahrt werden müssen.

Dazu gehören unter anderem die Regelungen zur demokratischen Gestaltung des Prozesses der Schulentwicklungsplanung, insbesondere der Anhörungsrechte von Schuleltern- und -schülervertretungen sowie Lehrpersonalvertretungen, zur Festlegung von Verkehrszeiten der Schülerbeförderung auch zu außerunterrichtlichen Veranstaltungen der Schule, zu ganztagschulischen Angeboten und außerschulischen Betreuungsangeboten am Schulort und die Regelungen zur Ausgestaltung der innerschulischen Demokratie, insbesondere der Rechte der Schülervertretungen, die Regelungen zur Gewährleistung von Rechten behinderter und benachteiligter Schülerinnen und Schüler, zur Integration, zur Gleichstellung der Geschlechter und gegen jedwede Diskriminierung.

2. Auch unter schwierigen Bedingungen – konstruktive Schulpolitik

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt bezieht zum Schulgesetz des Landes insgesamt jedoch kritische Positionen. Sie hat darum 2006 einen Entwurf für ein Schulreformgesetz unterbreitet.

Die mit dem Achten und Neunten Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes mit den Stimmen von CDU und FDP in den vergangenen Jahren vollzogene weitere Aufgliederung der Schülerschaft schon nach dem 4. Schuljahrgang wird sich als untaugliches Mittel erweisen, in der Breite zu besseren Bildungserfolgen zu gelangen, sie wird vielmehr soziale Gräben vertiefen und Schulentwicklungsplanung zusätzlich erschweren.

Bildungs- und Erziehungsprozesse haben in Sachsen-Anhalt bereits an vielen Stellen schmerzhaft den Rotstift spüren müssen. Zahlreiche Schulstandorte fielen nicht nur sinkenden Schülerzahlen sondern auch dem Sparzwang zum Opfer. Von pädagogischen Einsichten und Notwendigkeiten entfremdetes Verwaltungshandeln hat manche Spuren in der Bildungslandschaft Sachsen-Anhalts hinterlassen.

Aber auch unter diesen Bedingungen wird die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt nach wie vor vehement dafür eintreten, dass hohe Bildung für alle offen bleibt, mehr Jugendliche mittlere Schulabschlüsse und das Abitur erreichen, moderne und zeitgemäße Bildungsinhalte in Schule und Unterricht einziehen und Schule ihre Verantwortung für die individuelle Förderung jedes Kindes, jedes Jugendlichen annehmen und ihr gerecht werden kann. Schulen

brauchen dafür klare Entwicklungsperspektiven. Formale bürokratische Eingriffe in den Schulalltag beeinträchtigen die Qualität von Bildung und Erziehung genauso wie die Sorge um den Bestand der Schule.

3. Demografische Lage zwingt zu neuen Lösungen, erfordert neue Denkansätze

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt ist sich der besonderen demografischen Situation bewusst, in der sich unser Land befindet. Bedingt durch die tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandlungen sind die Geburtenzahlen nach 1990 dramatisch gesunken. Anhaltende soziale Verunsicherung und eine zunehmend familien- und kinderunfreundliche Politik, Veränderungen in der Lebensplanung und im Lebensstil sowie eine starke Abwanderung gerade junger Menschen aus unserem Land haben das ihre dazu beigetragen, dass bis heute ein deutliches Ansteigen der Geburtenzahlen ausbleibt und die Schülerzahlen weiter sinken. Der Einbruch der Geburten nach 1990 hatte aber auch wegen der insgesamt geringen Zahl junger Menschen als Folge des „Pillenkicks“ in den 70iger Jahren so dramatische Auswirkungen. Bei allen ungünstigen Faktoren muss davon ausgegangen werden, dass die starken Jahrgänge aus der zweiten Hälfte der 80iger Jahre, zwar zeitlich verzögert, wieder zu einem Anstieg der Geburtenzahlen führen werden, wenn auch das frühere Niveau bei weitem nicht zu erreichen sein wird. Bis jetzt zeichnet sich ab, dass dieser Prozess nur zögerlich verläuft und selbst die Erwartungen vom Beginn der mittelfristigen Schulentwicklungsplanungen in den Jahren 1999 und 2000 sich insgesamt nicht erfüllen.

Dennoch hält es die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt für notwendig, im Rahmen der laufenden Schulentwicklungsplanung Vorsorge zu treffen, dass auch bei schwankenden Schülerzahlen ausreichende und gute Ausbildungsbedingungen zur Verfügung stehen. Sie plädiert deshalb dafür, Schulstandorte auch dann zu erhalten, wenn sie zeitweilig die geforderte Mindestschülerzahl unterschreiten. Es muss darum gehen ein bestandsfähiges Schulnetz zu sichern, das nicht jedes Mal durch örtlich oder regional oder durch das Anwahlverhalten von Schülerinnen und Schülern bedingte Schülerzahlschwankungen der Einzelschule gefährdet ist.

Die stark gesunkenen Geburtenzahlen gepaart mit Wanderungsprozessen, wirtschaftlichen Strukturveränderungen und Verschiebungen der Altersstruktur der Bevölkerung werden unser Land nachhaltig und tiefgreifend prägen. Das wirkt sich über lange Zeiträume auf alle gesellschaftlichen Bereiche, auf die Voraussetzungen kommunaler und regionaler Entwicklung und die Erwartungen an kommunale Daseinsvorsorge aus.

Wir halten es in dieser Lage für besonders wichtig, den politischen Schwerpunkt unseres Wirkens darauf zu richten, dass Kinder und Jugendliche sich gut entwickeln und im Leben in unserem Land eine Perspektive sehen können. In diesem Sinne kann eine zukunftsfähige Schulentwicklungsplanung selbst einen Beitrag leisten, ihre eigenen Planungsvoraussetzungen zu verbessern.

4. Schulstandorte enger mit regionaler Entwicklung verbinden

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt fordert auch unter schwierigen Bedingungen ein regional ausgeglichenes und leistungsfähiges Bildungsangebot im ländlichen Raum und in den Städten. Die Entwicklung der Schulstandorte soll enger mit der Entwicklung des ganzen Landes und der Planungsregionen verbunden werden. Eine Konzentration der Bildungsangebote allein auf die größeren Städte in Sachsen-Anhalt lehnen wir ab.

Vielmehr gehen wir davon aus, dass Schule im Leben und im gewöhnlichen Lebensraum der Bürgerinnen und Bürger, der Kinder und Jugendlichen verwurzelt sein soll. Bildungs- und Erziehungsprozesse müssen als wichtiger Teil des gesellschaftlichen Lebens erfahrbar sein. Umgekehrt sind moderne Bildung und humanistische Erziehung ohne eine Öffnung hin zur Kommune, zu Wirtschaft und Handel, zu regionaler Kultur nicht denkbar. Schule braucht von dort noch mehr und stärkere Impulse.

Darüber hinaus prägen Schulen das kulturelle Antlitz der Städte und Dörfer und der Regionen mit, bestimmen nicht unerheblich über deren Attraktivität für Bürgerinnen und Bürger wie für gewerbliche und andere Ansiedlungen. Nicht selten geben Schulen selbst wichtige Impulse für die regionale Entwicklung und Innovationskraft. Von einem ausgewogenen Netz leistungsfähiger Schulen wird die Attraktivität des ganzen Landes entscheidend mit geprägt. Bildung ist wichtiger Standortfaktor geworden.

Eine engere Verbindung der Planung der Schulstandorte mit der gesamten regionalen Entwicklungsplanung bedeutet deshalb, Schulstandorte zu erhalten und auszubauen, wo sie wichtige Kristallisationskerne der Regionen und Kommunen sind. Zu bewerten sind Wirtschaftsstandorte, exponierte Verkehrslage, Ansiedlungsdynamik aber auch kulturelle und sportliche Traditionen und Entwicklungen.

Schulen als solche Kristallisationskerne zu erhalten, muss im Rahmen des jeweils gültigen Schulgesetzes auch möglich sein, wenn die Mantelbevölkerung nicht ausreicht, die allgemein im Lande geforderte Mindestschülerzahl zu erreichen.

In diesem Sinne tritt die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt für einen Paradigmenwechsel in der Schulentwicklungsplanung ein. Wurde die Planung bislang vorrangig von der Einhaltung der Schulmindestgrößen und von der Einhaltung von Beförderungszeiten bestimmt, so soll sie künftig in erster Linie durch die Erfordernisse einer ausgewogenen regionalen Entwicklung geprägt werden.

5. Für leistungsfähige Schulstandorte mit einem breiten Bildungsangebot

Dennoch muss es um leistungsfähige Standorte mit einem breiten Bildungsangebot gehen. Leistungsfähigkeit misst sich in diesem Zusammenhang für die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt vor allem daran, wie es gelingt, allen Kindern und Jugendlichen gute und umfassende Bildung zu ermöglichen.

Besonders in den weiterführenden Schulen ist es erforderlich, einem sich in wachsendem Maße differenzierenden und flexiblen Bildungsprozess zu ent-

sprechen. Dazu bedarf es eines qualifizierten Unterrichts in allen Fächern der Stundentafel und einer breiten Palette zusätzlicher und vertiefender Bildungsangebote.

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt wird sich bei Standortentscheidungen davon leiten lassen, dass die für die Qualitätsentwicklung von Schule essentiellen Prozesse, wie zum Beispiel die Schulprogrammarbeit oder das Zusammenwirken der Kollegien, langfristig befördert, nicht eingeschränkt oder gar abgebrochen werden. Auch bei Schulfusionen oder bei einem notwendigen Schulwechsel von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern, weiteren pädagogischen Fachkräften soll gemeinsam mit den Schulbehörden alles getan werden, Schulprofile zu erhalten, weitere schulische Entwicklungsprozesse fortzusetzen und ihnen nach Möglichkeit neue Impulse zu verleihen.

Gute Schule verlangt ein Mindestmaß an Lehrkräften, weiteren pädagogischen Fachkräften, auch an Schülerinnen und Schülern. Das Fachlehrerpotential muss eine qualifizierte und stabile Versorgung in den mannigfaltigen Unterrichtsfächern sowie weitere schulische Bildungsangebote gewährleisten. An kleinen Schuleinheiten kann das Fachspektrum des Kollegiums eingeschränkt sein, sind die schülerzahlbezogenen Lehrerstundenzuweisungen niedriger, das Bildungsangebot über die festgelegte Stundentafel hinaus meist gering. Das muss gegen die unbestreitbar auch vorhandenen Vorteile gut abgewogen werden.

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt spricht sich dagegen aus, in der weiteren Entwicklung der Schulnetze Konzentrationsprozesse zu befördern, die zu sehr großen Schulen und in deren Folge zu zahlenmäßig sehr starken Klassen im allgemein bildenden Bereich führen. Sekundarschulen mit über 600, Gymnasien und Gesamtschulen mit über 1.000 Schülerinnen und Schülern halten wir für pädagogisch problematisch und im Interesse eines ausgewogenen Schulnetzes für kontraproduktiv.

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt hält es für möglich, ab 2009 von der starren Festlegung von Mindestzügigkeiten abzukommen und schrittweise an Stelle von Bestimmungen zur Klassenbildung im Sekundarbereich, zu einer schülerzahlbezogenen Lehrerstundenzuweisung überzugehen.

6. Sekundarschulen – Kern des allgemein bildenden Schulwesens in Sachsen-Anhalt

Sekundarschulen werden auch in Zukunft jene Schulen sein, die die meisten Schülerinnen und Schüler besuchen. Die Leistungsfähigkeit dieser Schulen muss daher erhöht werden. Sie bleiben in den politischen Zielen der Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt die wichtigste Schulform. Sie sollen allen Kindern und Jugendlichen eine Bildung anbieten, die eng mit dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben verbunden ist, und alle weiterführenden Qualifikationslaufbahnen, einschließlich der akademischen, ohne Umwege und zusätzliche Hürden eröffnen kann. Deshalb soll diese Schule überall und für jede und jeden ein attraktives und gut erreichbares Bildungsangebot sein.

7. Für den Erhalt und den Ausbau der Gesamtschulen, für die Entwicklung von Schulverbänden

Nach wie vor hält die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt Gesamtschulen für eine zukunftsfähige Schulform. Sie tritt für den Erhalt und den Ausbau der Gesamtschulen ein. Gesamtschulen in kooperativer und integrativer Form können gerade auch in bevölkerungsschwachen Gebieten ein attraktives umfassendes Bildungsangebot ermöglichen und Ressourcen bündeln.

Die Errichtung von Gesamtschulen ist in Sachsen-Anhalt jedoch erschwert, weil Gesamtschulen Sekundarschulen und Gymnasien nicht ersetzen können sondern neben ihnen in jeder Region diese Bildungsangebote vorgehalten werden müssen. Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt setzt sich für Regelungen ein, die es ermöglichen, Gesamtschulen in einer Region anstelle von Sekundarschulen und Gymnasien zu betreiben (ersetzende Schulform).

In ähnlicher Weise sind Schulverbände geeignet, in den Regionen Bildungspotentiale zusammenzuführen und effektiv zu nutzen. Ihr Entstehen soll im Zuge von Gesetzesänderungen wieder ermöglicht werden. Schulverbände ersetzen das Angebot der in ihnen zusammengefassten Schulen und ermöglichen so den Erhalt unterschiedlicher Bildungswege in der Fläche.

8. Das Abitur muss in Stadt und Land erreichbar sein

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt hält es im Sinne ihres emanzipatorischen Grundanspruchs und für eine demokratische, nachhaltige und innovative Entwicklung des Landes für unabdingbar, dass viele und zunehmend mehr Jugendliche in den Städten und auch auf dem Lande, aus allen Bevölkerungsschichten das Abitur erwerben können. Deshalb soll ein gut erreichbares Netz entsprechender Bildungsangebote in der Fläche erhalten und auf stabiler Grundlage entwickelt werden. Das können eigenständige Gymnasien, Schulverbände mit gymnasialen Angeboten, Gesamtschulen und Sekundarschulen gepaart mit zentralen gymnasialen Oberstufen sein.

9. Grundschule – kurze Beine, kurze Wege

In Grundschulen werden wichtige Fundamente für das Leben gelegt, zugleich müssen sie in besonderer Weise den Möglichkeiten und Bedürfnissen der jüngsten Schulkinder Rechnung tragen. Ihre Standorte sollen wohnortnah sein. Auch kleine und kleinste Grundschulstandorte mit mindestens 28 Schülerinnen und Schülern und einem eigens darauf abgestimmten pädagogischen Konzept sollen weiterhin eine Perspektive haben können.

Es erweist sich in vielen Fällen als nützlich, wenn Kooperationsbeziehungen zwischen Grundschulen und Kindertagesstätten bestehen. Sie sollten im Interesse eines erweiterten Bildungsauftrages für Kindertagesstätten bewahrt und entwickelt werden.

Kinderfreundliche Möglichkeiten der Nutzung eines Hortes vor und nach dem Unterricht sollen erhalten bleiben.

10. Ganztagschulen als Chance für mehr und bessere Bildung entwickeln

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt setzt sich für ein bedarfsgerechtes Angebot von Ganztagschulen ein. Sie sollen auf der Grundlage eines unverwechselbaren inhaltlichen Konzepts einen Beitrag zu mehr und besserer Bildung, zu Kreativität und zu mehr sozialer Gerechtigkeit leisten. In diesem Sinne bieten sie günstige Voraussetzungen zur Förderung besonderer Fähigkeiten, Neigungen und Talente sowie zum Nachteilsausgleich, die zielstrebig genutzt werden sollen.

Die Errichtung von Ganztagschulen verlangt die Abstimmung mit den Trägern der Kinder- und Jugendarbeit, der kulturellen Jugendbildung und des Sports und die Entwicklung einer koordinierten Zusammenarbeit. Der Besuch einer Ganztagschule oder schulischer Ganztagsangebote sollte freiwillig sein. Deshalb muss bei der Gründung von Ganztagschulen geprüft werden, welchen Einfluss sie auf bestehende Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche nehmen wird.

11. Behinderte und nichtbehinderte Schülerinnen und Schüler sollen gemeinsam lernen können

Auf der Grundlage des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter und nichtbehinderter Menschen in Sachsen-Anhalt tritt die Linkspartei.PDS dafür ein, an mehr und mehr Schulen die Voraussetzungen zu schaffen, dass behinderte und nichtbehinderte Schülerinnen und Schüler gemeinsamen Unterricht besuchen können. Ausgehend von den bestehenden Regelungen zur Errichtung von Förderzentren legt die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt besonderen Wert auf den Ausbau integrativer Angebote.

Förderschulen sollen enge Kooperationsbeziehungen mit anderen allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen zur integrativen Ausbildung unterhalten und künftig noch vertiefen. Um in Zukunft leistungsfähige Förderschulen vorhalten zu können, wird es unumgänglich sein, verschiedene sonderpädagogische Förderschwerpunkte, Beratungstätigkeit und Prävention in Förderzentren zu bündeln.

12. Berufliche Ausbildung auf hohem Niveau

Die Ausbildung an berufsbildenden Schulen soll auf hohem Niveau gesichert werden. Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt hält es für richtig, in den oft gut ausgebauten Berufsschulzentren Kompetenzen zu bündeln und sie effektiv zu nutzen. Sie sollen in hoher Qualität ihre Aufgaben in der beruflichen

Ausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung wahrnehmen und über Kooperationsbeziehungen mit allgemeinbildenden Schulen einen wachsenden Beitrag zur wirtschaftlichen, ökologischen, technischen und technologischen Ausbildung im Rahmen einer umfassenden Allgemeinbildung leisten.

Zu dauerhaften Standorten der berufsbildenden Schulen sollten in der Regel die regional gut erreichbaren Zentren der Landkreise ausgebaut und erhalten werden.

13. Schülerbeförderung darf keine Barriere für das Lernen und für hohe Bildung sein

Eine wachsende Anzahl von Schülerinnen und Schülern wird künftig auf Leistungen der Schülerbeförderung angewiesen sein. Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt tritt für effektive kurze Beförderungswege und ökologisch vertretbare Lösungen ein.

Beförderungsangebote, die Schülerinnen und Schüler kostenlos nutzen können, sollen ihnen die Teilnahme am Unterricht, an außerunterrichtlichen Bildungsangeboten, die Teilnahme am Hort sowie an kulturellen und sportlichen Angeboten am Schulort ermöglichen. Schülerbeförderung soll gut auf den Bedarf abgestimmt werden, um lange Warte- und Fahrzeiten zu vermeiden. Dazu ist eine enge Zusammenarbeit mit der Schule und den Trägern des Öffentlichen Personennahverkehrs unerlässlich.

Beförderungsmittel sollen sicher, kindgerecht und ausreichend ausgestattet sein.

Schülerinnen und Schüler sollten durch Schüler- und Studentenpässe u.ä. von den Kosten des innerstädtischen oder regionalen Personenverkehrs angemessen entlastet werden.

Der Bedarf nach Schülerbeförderung darf nicht zur Barriere für Bildungszugang werden. Die künftig oft längeren Wege gerade zu gymnasialen Bildungsangeboten legen diese Gefahr nahe. Deshalb tritt die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt dafür ein, auch für die Schülerinnen und Schüler des 11., 12. und 13. Schuljahrgangs die notwendigen Beförderungsleistungen unentgeltlich bereit zu stellen, solange sie über kein eigenes Einkommen verfügen. Die damit verbundenen Aufwendungen der Landkreise müssen in den zweckgebundenen Zuweisungen des Landes im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes berücksichtigt werden.

14. Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche

Die zunehmende Eigenverantwortung von Schulen, die wir begrüßen, die Entwicklung von Schulprofilen und spezielle schulische Bildungsangebote werfen Fragen zu Schulbezirken und Schuleinzugsbereichen, zur freien Wahl der Schulen aller Schulstufen und Schulformen auf. Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt hält es grundsätzlich für ein legitimes demokratisches Recht, wenn

Schülerinnen und Schüler ihre Schule oder die Eltern die Schule ihrer Kinder selbst auswählen können. Das schließt auch die Schulen in freier Trägerschaft ein.

Dennoch halten wir es für problematisch in Zeiten sich noch entwickelnder Schulnetze und drastisch abnehmender Schülerzahlen auf die Festlegung von Schulbezirken und -einzugsbereichen in größerem Umfang zu verzichten, solange durch die restriktiven Vorgaben der Schulentwicklungsplanung die Bestandsgarantien der Einzelschulen dadurch gefährdet werden können. Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt sieht aber auch die Gefahr, dass mit der Auflösung von Schulbezirken und Schuleinzugsbereichen soziale Benachteiligung und Ausgrenzung gefördert wird und „Restschulen“ entstehen können, die demotiviert, weder fähig noch in der Lage sind, hohen Bildungsansprüchen gerecht zu werden. Der wünschenswerte Wettbewerb zwischen Schulen um beste pädagogische Konzepte, zukunftsfähige differenzierte Angebote könnte unter diesen Bedingungen Verliererschulen hervorbringen, die dann gerade die Schwächsten der Gesellschaft notgedrungen aufsuchen müssen. Eine Öffnung der Schuleinzugsbereiche und Schulbezirke muss auch unter diesem Aspekt von den Schulträgern gut durchdacht und begleitet werden. Darüber hinaus darf der Besuch ausgewählter Schulen mit einem besonders herausragenden Bildungsangebot für Kinder und Jugendliche, die nicht am Schulort wohnen, nicht weiter erschwert und mit hohen finanziellen Aufwendungen belastet werden.

15. Für einen verantwortungsvollen Umgang mit den erforderlichen Ressourcen

Schulen sind wertvolle in der Regel kommunale Investitionen. Mittelfristige Schulentwicklungsplanung ist unverzichtbare Grundlage für Investitionen und Sanierungsaufgaben an Schulobjekten. Die Mandatsträger der Linkspartei.PDS in den Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten setzen sich für eine solide und nachhaltige Schulentwicklungsplanung ein. Sie stehen für einen verantwortungsvollen Umgang mit allen für Kinder, Jugend und Bildung einzusetzenden Ressourcen des Bundes, des Landes, der Kommunen wie mit den Aufwendungen der Eltern, der Schülerinnen und Schüler und den Leistungen aus privaten Initiativen und aus der Wirtschaft.

Bei Entscheidungen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung müssen die Gesamtkosten im Blick sein. Das schließt die Beachtung der durch das Land aufzubringenden erheblichen Personalkosten für die Lehrkräfte – den mit Abstand größten Anteil der Personalausgaben im Landeshaushalt – ebenso ein wie die vielfältigen bei den Kommunen anfallenden Aufwendungen und mögliche Folgekosten.

Gerade unter der längerfristig anhaltenden demografischen Situation müssen Schulen als multifunktionale gesellschaftliche Einrichtungen konzipiert und entwickelt werden. Sie sollen für Schülerinnen und Schüler nicht nur Stätten des reinen Unterrichts sein sondern in ihnen und in ihrem Umfeld sollen unter-

schiedliche Angebote der außerschulischen Bildung, der Freizeitgestaltung sowie des gesellschaftlichen Engagements möglich werden. Dazu müssen sich Schulen in ihr Umfeld öffnen und die Bedingungen beispielsweise der Schülerbeförderung diesen Erfordernissen besser angepasst werden.

An vielen Schulen, besonders Sekundarschulen, besteht ein hoher Sanierungsbedarf. Dringend erforderlich ist eine dem pädagogischen Prozess angemessene Ausstattung und die Bereitstellung geeigneter Lehr-, Lern- und Unterrichtsmittel.

Selbst die Aufhebung von Schulstandorten verursacht erhebliche Kosten. Viele Kommunen sind in ihrer Finanzsituation mit diesen Aufgaben überfordert.

Um so mehr bedarf es Planmäßigkeit und Effektivität auf der Grundlage eines soliden mittelfristigen Schulentwicklungsplans, der sinnvoll mit anderen regionalen Planungen vor allem auf den Gebiet der Kinder- und Jugendarbeit koordiniert ist. Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt fordert darüber hinaus, auch das Engagement des Landes und generell die Finanzkraft der Kommunen zu verstärken.

16. Für einen demokratischen und konstruktiven Planungsprozess

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt setzt sich für einen demokratischen, transparenten Planungsprozess und die Einbeziehung aller an Schule Beteiligten ein. Besonders tritt sie dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler als die eigentlichen Akteure von Schule zu Wort kommen können. Sie sollten nicht vereinnahmt, ihre Sichtweise unvoreingenommen in der Planung Beachtung finden. Es geht um ihren Arbeits- und für sie meist wichtigsten Lebensraum. Elternvertretungen auch der Schulen sollen rechtzeitig informiert und konstruktiv in die Planungsprozesse einbezogen sein. Schulentwicklungsplanung darf nicht Verwaltungen und Behörden allein überlassen werden. Sie muss eingehend vor Ort beraten werden.

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt plädiert für eine enge Verbindung von Schulbehörden und Schulverwaltungsämtern der Landkreise und kreisfreien Städte.

Kommunale Egoismen erweisen sich für eine regional ausgewogene Schulentwicklungsplanung selten als hilfreich. Dennoch erwachsen sie in der großen Mehrheit aus nachvollziehbarer Sorge um das eigene Dorf, die eigene Stadt, das eigene Kietz. Sie können daher nur durch einen überzeugenden, transparenten und demokratischen Planungsprozess schrittweise und geduldig überwunden werden. Jede Schulschließung greift in ein gewachsenes soziales Gefüge. Die Entscheidungen müssen gründlich bedacht, unterschiedliche Interessen an Hand nachvollziehbarer Kriterien fair abgewogen werden.

Die Abgeordneten in den Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten tragen für die Schulentwicklungsplanung eine hohe Verantwortung. In den Landkreisen und kreisfreien Städten demokratisch gefundene Planungsansätze sollen darum akzeptiert werden.

Zum Teil anzutreffende bildungsfeindliche Lösungen an Verwaltungsgrenzen belasten Kinder und Jugendliche wie auch die Kommunen. Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt bittet deshalb ihre kommunalen Abgeordneten, sich für eine gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen, den Landkreisen und den kreisfreien Städten wie zwischen den Verwaltungsgemeinschaften und zwischen den Gemeinden bereits während des Planungsprozesses selbst einzusetzen.

Die gegebenen rechtlichen Spielräume, einschließlich der Möglichkeiten des Verzichts auf Beiträge, wie Gastschulgelder, sollten besser genutzt werden.

Im Zusammenwirken der kreisfreien Städte mit ihrem Umland sollten vor allem ausgewählte Schulstandorte mit einem spezifischen Profil von vornherein gemeinsam entwickelt und gefördert werden. Das sollte auch die Abstimmung zu wichtigen Investitionsmaßnahmen umfassen. Die gemeinsame oder abgestimmte Gründung und Entwicklung innovativer Schulstandorte darf nicht an Stadt- und Kreisgrenzen scheitern. Von den Schulbehörden wird dabei eine aktive Rolle erwartet.

Die Entwicklung der Schulstandorte in städtischen Randlagen und eingemeindeten Stadtteilen erfordert ein besonders sensibles Vorgehen.

Nach Ablauf der jetzt laufenden Umsetzungsphase der Schulentwicklungsplanung, also spätestens mit dem Schuljahr 2009/2010 soll die Schulentwicklungsplanung auf der Grundlage der oben beschriebenen Grundsätze und Ziele neu geregelt werden. Dabei ist den Schulträgern und den Trägern der Schulentwicklungsplanung ein größerer Entscheidungsspielraum einzuräumen. Dieser sollte auf der Grundlage bis dahin zu bildender größerer Regionalkreise und eines erweiterten Entscheidungsrechts der Schulen selbst auch den Einsatz des pädagogischen Personals umfassen. Dafür sind die erforderlichen personal- und tarifrechtlichen Regelungen so zu klären, dass Lehrerinnen und Lehrer dabei keinen Nachteil haben und ein fachgerechter Unterricht durch ausreichende Personalbereitstellung auch gesichert werden kann.

17. Zusätzliches Schulsterben verhindern

Mit den Veränderungen im Schulgesetz, der stringenten Verordnung zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung, die die Schulentwicklungsplanung der Landkreise und kreisfreien Städte für den Zeitraum von 2003 bis 2009 prägt, sind die Weichen an vielen Orten schon falsch gestellt. Dennoch sehen wir unmittelbaren Handlungsbedarf um ein zusätzliches unnötiges Schulsterben zu verhindern.

Bis zum Ende der derzeitigen Laufzeit der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung sollen folgende Schulgrößen als genehmigungsfähig gelten:

- In einer **Grundschule** sollen wenigstens insgesamt 40 Schülerinnen und Schüler lernen. Ausnahmen im Interesse eines wohnortnahen Schulangebots sind möglich, wenn die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler die Zahl 28 nicht unterschreitet.

- ▶ Eine **Sekundarschule** soll mindestens zweizügig geführt werden. Einzügige Ausnahmen sind dann möglich, wenn am Schulstandort keine weitere Sekundarschule vorhanden ist. In einer zweizügigen Sekundarschule sollen wenigstens 240 Schülerinnen und Schüler lernen.
- ▶ **Gesamtschulen** sollen mindestens dreizügig geführt werden, Gesamtschulen in integrierter Form ohne gymnasiale Oberstufe können auch zweizügig geführt werden. Ausnahmen sind möglich. Dreizügige Gesamtschulen sollen in den Schuljahrgängen 5 bis 10 mindestens 360 Schülerinnen und Schüler haben.
- ▶ Das **Gymnasium** soll mindestens dreizügig geführt werden, Ausnahmen sind möglich, wenn am Schulstandort kein weiteres Gymnasium vorhanden ist, es sich um ein sogenanntes Spezialgymnasium oder um ein Gymnasium ohne eigene Oberstufe handelt. Für die Bestimmung der Zügigkeit eines Gymnasiums sollen keine höheren Schülerzahlen gelten als sie für Sekundarschulen angewandt werden. Die Dreizügigkeit eines Gymnasiums soll darum gegeben sein, wenn in ihm in den Schuljahrgängen 5 bis 9 mindestens 300 Schülerinnen und Schüler lernen. Die gymnasiale Oberstufe soll mindestens 100 Schülerinnen und Schüler aufweisen.
- ▶ Die **Bildung von Anfangsklassen** soll im Interesse des Erhalts von Schulstandorten bei unvorhersehbaren Schülerzahlschwankungen erleichtert werden. Anfangsklassen in Grundschulen müssen mindestens 7, in Sekundarschulen, Gesamtschulen und Gymnasien mindestens 10 Schülerinnen und Schüler aufweisen. Die Festlegungen für die Gesamtschülerzahlen der Schulen bleiben davon unberührt.
- ▶ Im Interesse einer ausgewogenen Schullandschaft und der Aufrechterhaltung eines umfassenden Bildungsangebots in den Regionen können **Schulverbünde** gebildet werden. Dabei können sowohl Schulen verschiedener Schulstufen als auch verschiedener Schulformen zusammengefasst werden. Auch die Zusammenfassung bestimmter Jahrgangsstufen von Sekundarschulen und Gymnasien soll möglich sein. Die Mindestzügigkeiten der Einzelschulen der Sekundarstufen können dabei in der Regel um jeweils einen Zug unterschritten werden.
- ▶ Bei örtlich oder regional **besonderen demographischen Entwicklungen** für einen begrenzten und überschaubaren Zeitraum sollen die festgelegten Abweichungen von der Mindestschülerzahl ermöglicht werden.
- ▶ **Schulen an Mehrfachstandorten der gleichen Schulform** sollen die Mindestschülerzahl an der Einzelschule unterschreiten können, wenn an anderen Schulen der gleichen Schulform am gleichen Standort eine entsprechend höhere Schülerzahl gewährleistet ist. In der Summe aller Schulen müssen die Mindestschülerzahlen jedoch eingehalten werden.

Schritte des Übergangs zu einer „Schule für alle Kinder“ in Sachsen-Anhalt

Die öffentliche Debatte über Bildungsfragen als Ausgangspunkt

Mit der jüngsten OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ ist die Untauglichkeit des Bildungssystems der BRD, eine moderne Bildung für alle Kinder zu garantieren, erneut offensichtlich geworden. Nach jeder dieser Veröffentlichungen (OECD-Studien, PISA, IGLU, TIMMS) entbrannte die gesellschaftliche Debatte um Veränderungen im Schulsystem der Bundesrepublik heftiger.

Mancherorts wird inzwischen ernsthaft über Veränderungen nachgedacht und einiges bereits in Angriff genommen. Auch die Fragen der Organisation des Schulsystems werden häufiger kritisch hinterfragt. Das geschieht inzwischen nicht mehr nur durch die hinlänglich Verdächtigen aus Gewerkschaften, Gesamtschulverband und linken Parteien, sondern immer mehr z.B. auch durch Wirtschaftsverbände.

Kritikpunkte sind dabei vor allem die Defizite in der Bildungsbeteiligung, so der geringe Anteil von Abiturienten und die mangelnde Qualität aller, insbesondere der mittleren Bildungsabschlüsse. Den Hauptschulabschluss halten viele immer weniger für eine hinreichende Berufsgeschweige denn Lebensvorbereitung. In diesen Positionen nähert sich die öffentliche Debatte den Standpunkten der Linkspartei.PDS.

Die Landtagsfraktion der PDS Sachsen-Anhalt hat in den letzten Jahren mit einer ganzen Reihe von Vorschlägen und Diskussionspapieren in diese Debatte eingegriffen:

- ▶ So wurden im Jahr 2001 Vorschläge für eine grundlegende Bildungsreform unterbreitet,
- ▶ so haben wir 2002 einen Vorschlag für die Profilierung der Sekundarschule präsentiert und
- ▶ im Jahr 2003 auf der Grundlage entsprechender Beschlüsse eine Alternative zur Schulentwicklungsplanung vorgelegt.

Diese Papiere wurden in dieser Veröffentlichung überarbeitet und durch eine Skizze zur polytechnischen Bildung ergänzt. Sie liegen in diesem Heft vor.

Fakten und Ursachen des Reformdefizits

In den Ländern der Bundesrepublik gibt es aber seit Jahrzehnten nahezu unverrückbare Strukturen der mehr oder weniger strengen Gliederung der Schullandschaft, die seit langem bis in die Gesamtschulen hineinreicht. Politische Akteure haben in den letzten Jahren dort, wo es einen Wechsel zu einer konservativen Landesregierung gab, die (oft auch schlecht funktionierenden)

Schritte hin zu einer längeren gemeinsamen Schulzeit (Förderstufe, Orientierungsstufe) zurückgefahren. Die Maßnahmen der Bildungs„reformen“ in diesen Ländern richteten sich in der Regel auf eine **Zementierung strengerer Gliederung, auf Restriktionen in den Auswahlkriterien für den Zugang zu höherer Bildung** und auf Einschränkungen der Bildungsbeteiligung. Also exakt in die entgegengesetzte Richtung.

Für Sachsen-Anhalt muss konstatiert werden, dass mit der Gliederung in unterschiedliche Schulformen und mit der äußeren Fachleistungsdifferenzierung innerhalb der Sekundarschule die Chancen des rein formal **rechtlich möglichen Überganges zu weiterführenden Bildungsgängen stark eingeschränkt** sind.

So haben die Weichenstellungen der vergangenen Jahre bewirkt, dass RealschülerInnen heute bis zur Klasse 9 neun Jahreswochenstunden weniger Unterricht erhalten als SchülerInnen am Gymnasium. Bei einem angenommenen Schuljahr von ca. 40 Unterrichtswochen summiert sich dieses Defizit bis zur 9. Klasse auf 360 Unterrichtsstunden.

Betrachtet man nur die Unterrichtszeiten, die in den für das Gymnasium relevanten Pflichtfächern erteilt werden, so ergibt sich auf Grund der unterschiedlichen Fächerstruktur und der Stundentafel sogar ein Defizit von 600 Unterrichtsstunden, die RealschülerInnen in diesen Fächern fehlen. Für SchülerInnen in dem auf den Hauptschulabschluss orientierten Unterricht erhöht sich diese Differenz weiter.

Hinzu kommt, dass im Laufe der Jahre die Inhalte der Rahmenrichtlinien zwischen Sekundarschule und Gymnasium immer weiter auseinanderdriften.

Ein Umstieg ist möglich – Vorschläge der Linkspartei.PDS

Nun stellt sich die Frage, wie ein Umstieg hin zu einer höheren Bildungsbeteiligung erfolgen soll und wie eine bessere Qualität der Bildungsabschlüsse erreicht werden kann. Hierfür ist eine **solidere Qualifikation aller Kinder** aber vor allem der aus bildungsfernen Schichten erforderlich. Dies ist zugleich ein wirksamer Beitrag zur **sozialen Chancengerechtigkeit** und zur **sozialen Integration**. Dazu bedarf es tiefgreifender Veränderungen, um das Bildungssystem von Grund auf zu reformieren. **Längeres gemeinsames Lernen ist dabei zwar kein hinreichender aber ein unverzichtbarer Bestandteil der Reformen.**

Bei unseren Betrachtungen stellen wir in Rechnung, dass ein abrupter Übergang zu einer längeren gemeinsamen Schulzeit in einer „Schule für alle Kinder“ allein durch eine administrative Veränderung der Schulstruktur mit Blick auf die relativ erfolglosen schulstrukturellen Veränderungen der Vergangenheit auf wenig positive öffentliche Resonanz stoßen wird.

Dennoch gibt es auch in Sachsen-Anhalt aus sehr unterschiedlichen Gründen und Motivlagen eine zunehmende Kritik an der Leistungsfähigkeit aller Schulformen und der durch sie vergebenen Abschlüsse.

Angesichts dieser sich zuspitzenden Debatten sehen wir uns gefordert, **Thesen** anzubieten, die beschreiben, wie ein **qualitativer Umstieg zu einer „Schule für alle Kinder“** mit dem Ziel einer besseren individuellen Förderung und einer

höheren Bildungsbeteiligung sowie einer besseren Durchlässigkeit im Bildungssystem unter den Bedingungen und auf der Basis der bildungspolitischen Erfahrungen in Sachsen-Anhalt erfolgen kann. Wir meinen, dass solche Schritte geeignet sind, den sich ständig wiederholenden kritischen OECD-Befunden in einer überschaubaren Zeit wirksam entgegenzuwirken.

Günstigere Rahmenbedingungen

Für eine grundlegende Reform des Bildungssystems gibt es derzeit günstigere Voraussetzungen als noch vor Jahren. Sie sind geeignet, die Handlungsspielräume der Länder deutlich zu erweitern. So werden zur Zeit **nationale Bildungsstandards** erarbeitet, mit denen die zu erreichenden Kompetenzen am Ende bestimmter Bildungsabschnitte für alle Schulformen einheitlich formuliert werden.

Verabschiedet sind bisher einige Bildungsstandards für den 10. Schuljahrgang, also den mittleren Bildungsabschluss in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch als erster Fremdsprache. In der Grundsatzvereinbarung dazu haben sich die Länder verpflichtet, diese Standards umgehend in die Rahmenrichtlinien bzw. Lehrpläne zu implementieren.

Die Verpflichtung zur äußeren Fachleistungsdifferenzierung entsprechend der unterschiedlichen Schulformen ist damit aus unserer Sicht künftig verzichtbar, ja eigentlich sogar kontraproduktiv. Bei unseren Vorschlägen stellen wir jedoch in Rechnung, dass diese Bestimmungen derzeit noch gelten.

Im Einzelnen schlagen wir Folgendes vor:

Thesen

1. Die Ausgestaltung der Grundschule als „Schule für alle Kinder“

Die Grundschule muss so ausgebaut werden, dass durch individuelle Förderung jedem Kind die Möglichkeit geboten wird, bestmögliche Voraussetzungen für weiterführende Bildungsgänge zu erwerben. Als einen guten Weg dahin befürworten wir die weitere **Ausgestaltung der flexiblen Schuleingangsphase** als Möglichkeit, individuelle Fähigkeiten weiterzuentwickeln und Bildungsbenachteiligungen durch spezielle Förderung auszugleichen. **Grundschulen** sollen als **wohnortnahe Schulen** angeboten werden. Wir präferieren eine intensive Zusammenarbeit mit Kindertagesstätten und deren Ausgestaltung durch einen eigenen Bildungsauftrag. Allen Kindern im Vorschulalter sollen diese Einrichtungen ohne Einschränkungen offen stehen.

2. Schritte der Qualifizierung und Profilierung der Sekundarschule und des Gymnasiums, inhaltliche und schulorganisatorische Voraussetzungen

2.1.

Schritte zu einer gemeinsamen, gleichwertigen aber differenzierten Ausbildung für alle Jugendlichen bis zu einem qualifizierten mittleren Schulabschluss verlangen **grundlegende Veränderungen im Inhalt und in der Lernmethodik an Sekundarschulen und an Gymnasien**. Hierbei geht es insbesondere um das Lehren und Lernen in heterogenen Lerngruppen und um auf Kompetenzerwerb orientierte Lehr- und Lernstrategien. Dazu müssen die strukturellen Defizite der Sekundarschule behoben und der weitgehend selektive, auf Tests und Abschlüsse orientierte Bildungsstil an beiden Schulformen überwunden werden.

Die Ausgestaltung der Sekundarschule in Richtung einer besseren Durchlässigkeit ist Bestandteil der **inhaltlichen Neuprofilierung der Sekundarschule** entsprechend dem von der PDS-Fraktion vorgelegten Sekundarschulkonzept.

2.2.

Im Interesse einer höheren Bildungsbeteiligung und eines höheren Anteils mittlerer Bildungsabschlüsse soll die **zehnjährige Vollzeitschulpflicht** wieder eingeführt werden. In der Konsequenz müssen die Unterrichtsziele anhand der Bildungsstandards konsequent darauf ausgerichtet werden, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler den **mittleren Schulabschluss** erwerben können. Der Hauptschulabschluss soll die Ausnahme bleiben für Schülerinnen und Schüler, die trotz besonderer Förderung die Kompetenzen für einen mittleren Schulabschluss nicht erwerben. Im Zuge der Implementierung der nationalen Bildungsstandards sollen die Rahmenrichtlinien hin zu einem **horizontal vergleichbaren und abgestimmten Lehrplan** überarbeitet werden.

Für die Zukunft sind **äußere Fachleistungsdifferenzierungen** vollständig abzuschaffen. Im gleichen Zug müssen **innere Differenzierung und individuelle Förderung** ausgebaut werden. Insofern ist die **äußere Fachleistungsdifferenzierung** zunächst auf das von der KMK geforderte Minimum zu beschränken und als zusätzliches Förderangebot auszugestalten.

2.3.

Für eine angemessene Implementierung der Bildungsstandards und eine bessere Durchlässigkeit zwischen den Schulformen, insbesondere für die Verbesserung der Möglichkeiten des Übergangs zum Gymnasium müssen die **Stundentafeln** zwischen der Sekundarschule und dem Gymnasium und in der Sekundarschule auch zwischen Hauptschulunterricht und Realschulunterricht mindestens in den prüfungsrelevanten Fächern angeglichen werden.

2.4.

Durch diese Maßnahmen soll es möglich sein, dass der **Übergang von der Sekundarschule zum Gymnasium** vorläufig wie bisher nach der Klasse 6,

zusätzlich **aber auch nach der Klasse 9** direkt in die gymnasiale Oberstufe erfolgen kann. Der Übergang nach Klasse 8 soll im Interesse größerer Kontinuität entfallen. Für Schülerinnen und Schüler, die einen solchen Übergang anstreben oder bereits vollzogen haben, soll ein **zusätzliches begleitendes Förderangebot** unterbreitet werden.

2.5.

Im Bestreben, Sackgassen der Bildungsentscheidung zu vermeiden und eine größtmögliche Gleichwertigkeit der Schulformen Sekundarschule und Gymnasium zu erreichen, sollen **vergleichbare mittlere Schulabschlüsse der Klasse 10 an beiden Schulformen** ermöglicht werden. Die nationalen Bildungsstandards bilden dafür eine hinreichende Voraussetzung.

3. Pädagogische Voraussetzungen

3.1.

Besonderen Wert legt die Linkspartei.PDS auf die zielgerichtete Umsetzung von Förderkonzeptionen von der ersten Klasse an, die auf **Nachteilsausgleich** ebenso gerichtet sind wie auf die **Förderung besonderer Begabungen**. Dazu sollen unter anderem auch Schulprogramme und Modellprojekte gefördert werden, die Teamarbeit und klassen- oder jahrgangsübergreifendes Arbeiten ermöglichen. Das Konzept der Einrichtung von Förderzentren sehen wir als einen richtigen Weg hin zu besserer Integration und einer höheren Bildungsbeteiligung für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

3.2.

Durch den Einsatz von **SchulsozialarbeiterInnen** an allen Schulformen soll Hinderungsgründen für eine höhere Bildungsbeteiligung, die in der Regel ihre Ursachen nicht im Schulalltag haben, bereits in einem frühen Stadium entgegengewirkt werden.

3.3.

Für eine qualitativ gute Unterstützung des Unterrichts und die Einrichtung differenzierter Lerngruppen sowie zur Ausgestaltung von Ganztagschulen sollen schrittweise speziell **ausgebildete pädagogische Fachkräfte** eingesetzt werden.

4. Sicherung des LehrerInnenbedarfs und zielgerichtete Fort- und Weiterbildung

4.1.

Die LehrerInnenausbildung soll im Sinne der Umsetzung dieser Konzeption und für einen flexibleren Fachkräfteeinsatz hin zu einer **StufenlehrerInnenausbildung** reformiert werden. Die Ausbildungskapazitäten für Lehrämter sind dem Bedarf anzupassen.

4.2.

Es sind Hochschulausbildungen einzurichten für die **Qualifizierung von SchulsozialarbeiterInnen sowie für pädagogische Fachkräfte** zur Ergänzung und Unterstützung des Unterrichts.

4.3.

Um den gegenüber der bisherigen Schulstruktur und Unterrichtspraxis erhöhten Lehrkräftebedarf zu decken, muss im Landeshaushalt ein ausreichender **Einstellungskorridor** bereitgestellt werden, der diesem Umstieg Rechnung trägt. Der **Lehrkräftebedarf** darf nicht mehr am bundesdeutschen Durchschnitt, sondern muss an den Erfordernissen dieses Konzeptes berechnet werden.

4.4.

Die **LehrerInnenfortbildung** soll mehr als bisher darauf gerichtet werden, neue Unterrichtskonzeptionen bekannt und für die Unterrichtspraxis verfügbar zu machen und das Lehren in heterogenen Lerngruppen in allen Schulformen und Schulstufen zu ermöglichen.

5. Schulstrukturelle Voraussetzungen

5.1.

Nachdem sich die längerfristige Entwicklung der SchülerInnenströme abzeichnet ist die **Schulentwicklungsplanverordnung** so zu überarbeiten, dass ein ausgewogenes Schulnetz für alle Schulformen entsteht. Die Restriktionen bezüglich der Zügigkeit sollten gelockert und das Zusammenwirken der Bildungsgänge vertieft werden. Mit der Möglichkeit, ohne Zeitverlust auch nach der 9. Klasse noch ans Gymnasium zu wechseln, dürfte sich die Situation an Sekundarschulen entspannen und die Möglichkeit bestehen, mehr Schulstandorte als bisher absehbar erhalten zu können. Dafür sind die Möglichkeiten für die **Kooperation zwischen Schulen** unterschiedlicher Schulstufen und Schulformen gesetzlich wieder zu fixieren.

5.2.

Ungeachtet des mittel- bis längerfristigen Prozesses der Entwicklung eines einheitlichen Niveaus der mittleren Schulabschlüsse und der damit entstehenden Möglichkeiten zur organisatorischen Verbindung von Sekundarschule und Gymnasium, besteht regional ein aktueller politischer Bedarf nach der Zusammenfassung von SchülerInnenströmen zur Erhaltung eines regional ausgewogenen leistungsfähigen Schulnetzes.

Deshalb sollte die Möglichkeit der **organisatorischen Zusammenfassung von Schulen vor allem in der Sekundarstufe I** bewahrt und ausgebaut werden. Damit kann sich auch die Effektivität bei der Nutzung der personellen und materiellen Bildungsressourcen erhöhen. Darum sollten die Träger der Schulentwicklungsplanung im Einvernehmen mit den Schulträgern im Interesse einer ausgewogeneren Schulnetzplanung vor Ort entsprechende Vereinbarun-

gen treffen können. Gegebenenfalls können dann zentral gelegene **Oberstufenzentren** eingerichtet werden. Bei entsprechender Akzeptanz in der Öffentlichkeit sind auch weitere Festlegungen zur Bildung integrativer Schulen in einem Landesgesetz (evtl. mit Übergangsfristen) möglich.

5.3.

Darüber hinaus sollen die Fachgymnasien als ein weiterer Weg zu höherwertiger tertiärer Ausbildung ausgebaut werden. Dabei sollen auch Möglichkeiten der Kopplung abgeschlossener Berufsausbildungen mit dem Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife erprobt werden.

Ein längerer Prozess, der jetzt beginnen muss ...

Die Linkspartei.PDS geht davon aus, dass der gesamte Prozess des Umstieges eines Zeitraumes von acht bis zehn Jahren bedarf, wobei untergesetzliche Möglichkeiten (Studentafel, Rahmenrichtlinien/Lehrpläne, Förderkonzeptionen, LehrerInnenaus-, -fort- und -weiterbildung sowie eine bessere räumliche und sächliche Ausstattung der Schulen) umgehend in Angriff genommen werden können.

Die Linkspartei.PDS möchte mit diesen Thesen die **Debatte um eine grundlegende Schulreform im Land befördern und lädt zur Diskussion herzlich ein.**

Stundentafelvergleich zwischen den Schulformen in den Klassen 5 bis 10

Gesamtwochenstundenzahlen pro Fach/Fächergruppe

Fach	Hauptschule	Sekundarschule		Gymnasium	
	Jahreswochenstunden bis einschl. 9. Klasse	Jahreswochenstunden bis einschl. 9. Klasse	Jahreswochenstunden bis einschl. 10. Klasse	Jahreswochenstunden bis einschl. 9. Klasse	Jahreswochenstunden bis einschl. 10. Klasse
Deutsch	23,5	22	26	21	25
Mathematik	23,5	22	26	21	25
En/1.Fremd	20	20	23	20	23
Bio/Phys/Che	18	20	25	23	29
Astro	0	0	1	1	1
Geo/Gesch/Sozialk	14	15	19	22	26
Ethik/Re	10	10	12	10	12
Wirtsch/Te/Haus	9	8	10	0	0
Werken	2	0	2	0	0
Mus/KE	10	10	12	14	16
Sport	12	12	14	12	14
2. Fremd (Pflicht)	-	-	-	12	16
Wahlpflicht					
2. Fremdsprache	0	9	12	-	-
Kurse	6	6	8	6	9
Klassenstunde	5	5	6		
Gesamt	153	150/153*	184/188*	162	196
Nur Pflichtbereich ohne Werken/Wirtschaft/Technik aber mit 2. Fremdsprache (bis einschl. 9. Klasse)	131**	140	140	155	155

* bei Anwahl der 2. Fremdsprache

** keine 2. Fremdsprache vorgesehen

Differenzen in den Stundentafeln bis zur 9. Klasse:

► Naturwissenschaften:

GymnasiastInnen haben drei Wochenstunden mehr als SekundarschülerInnen und sogar fünf Wochenstunden mehr als HauptschülerInnen

- ▶ **Geografie, Geschichte Sozialkunde:**
GymnasiastInnen haben sieben Wochenstunden mehr als SekundarschülerInnen und acht Wochenstunden mehr als HauptschülerInnen
- ▶ **Wirtschaft/Technik/Hauswirtschaft:**
GymnasiastInnen haben keinen Unterricht in dieser Fächergruppe (acht bzw. neun Stunden)
- ▶ **Fremdsprache:**
GymnasiastInnen haben drei Wochenstunden mehr Unterricht als SekundarschülerInnen, HauptschülerInnen haben keine zweite Fremdsprache.
- ▶ **Musische Fächer:**
In den Fächern Musik und Kunsterziehung stehen am Gymnasium vier Jahreswochenstunden mehr zur Verfügung als an der Sekundarschule.

Fazit:

Insgesamt haben GymnasiastInnen bis zur 9. Klasse 9 Jahreswochenstunden mehr als SekundarschülerInnen im Realschulunterricht bei Anwahl der zweiten Fremdsprache (Pflicht für Übergang zum Abitur). Betrachtet man allerdings nur die Pflichtfächer plus zweiter Fremdsprache, die für den Realschulabschluss nicht Pflicht ist, und spart man zudem die Fächergruppe Wirtschaft, Technik und Werken aus, die am Gymnasium nicht gelehrt werden, so ergeben sich deutlich höhere Stundendefizite: Für HauptschülerInnen stehen dann 131 Jahreswochenstunden zur Verfügung, für RealschülerInnen 140 Jahreswochenstunden aber 155 Jahreswochenstunden am Gymnasium. Damit erhöht sich die Differenz vom Gymnasium zur Sekundarschule (Realschulunterricht) auf 15 Jahreswochenstunden und auf 24 zum Hauptschulunterricht. Zum Ende der zehnten Klasse beträgt die Differenz zwischen Realschulunterricht und gymnasialen Bildungsgang dann 17 Jahreswochenstunden. Das entspricht etwa einem halben Schuljahr.

In den Fächern Deutsch, Mathe und 1. Fremdsprache sind die Differenzen gering. Hier haben SekundarschülerInnen sogar in Mathe und Deutsch ein höheres Stundenvolumen um insgesamt eine bzw. zweieinhalb Wochenstunden. Die größten Stundendifferenzen ergeben sich in den Naturwissenschaften (drei bzw. fünf) und in den Sozialwissenschaften (sieben bzw. acht), wenn man Geografie dort hinzurechnet, was aber die Stundentafel tut. Hinzu kommt die Differenz in der zweiten Fremdsprache. Sie beträgt bis zur 9. Klasse drei Wochenstunden zum Realschulunterricht und zwölf Stunden (keine zweite Fremdsprache vorgesehen) zum Hauptschulunterricht.

Bei einem angenommenen Schuljahr von ca. 40 Unterrichtswochen fehlen RealschülerInnen in den wichtigen Pflichtfächern bis zur 9. Klasse 600 Unterrichtsstunden, bis zur 10. Klasse sogar 680 Unterrichtsstunden.

Autoren & Kontakt

Autoren

Dr. Rosemarie Hein, Mitglied des Landtages

Peter Joseph, Referent für Bildung und Wissenschaft und Arbeitskreis Kultus

Kontakt

Die Linkspartei.PDS Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt

Arbeitskreis Kultus

Peter Joseph, Sekretär des Arbeitskreises

Telefon: 0391/560 50 09 oder 0391/560 50 03

E-Mail: joseph@pds.lt.lsa-net.de

www.linkspartei-pdslsa-It.de